Nummer 17 Berlin, 24. April 1908 20. Jahrgang

Der Textil-Arbeiter

Vereinzelt seid Ihr Nichts. Vereinigt Alles!

Organ des Verbandes Deutscher Textilarbeiter

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition: Berlin O. 27, Andreas-Straße 61 II
Telephon: Amt VII, Nr. 1076.

Inserate pro 3gespaltene Petitzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf. Alle Inseraten-, Abonnements- und Verbandsgelder sind an Otto Jehms, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 II, zu richten.

Textilarbeiter und -Arbeiterinnen rüstet Euch zur Maifeier!

Auflage: 116000 Exemplare

Inhalt:

Geschäftsbericht des Zentralvorstandes für die Jahre 1906 und 1907 (I.) — Aus der klerikalen Hochburg Aachen. — Aachen und das Zweistuhlsystem. — Vor 15 Jahren. — Gaukonferenz des Gaues Chemnitz (Erzgebirge). — Aus der Bewegung in der Textilindustrie. — Aus der Arbeiterbewegung im allgemeinen. — Soziales. — Vereinsgesetzliches. — Gerichtliches. — Aus Unternehmerkreisen. — Aus Handel und Industrie. — Vermischtes. — Mißstände im Textilgewerbe. — Berichte aus Fachkreisen. — Briefkasten. — Bekanntmachungen. — Internationaler Textilarbeiter-Kongreß zu Wien 1908. — Totenliste. — Streikfalltafel. — Versammlungskalender. — Zentral-Kranken- und Begräbniskasse (E. H. 12, Sitz Chemnitz). — Anzeigen. — Feuilleton: Monatsrevue über das Textilgewerbe. — Wirtschaftliche Rundschau.

Geschäftsbericht des Zentralvorstandes für die Jahre 1906 und 1907.

I.

Kurz vor den Feiertagen ist der Geschäftsbericht des Zentralvorstandes und der Redaktion des „Textilarbeiter" erschienen. Derselbe hat diesmal den stattlichen Umfang von 96 Seiten aufzuweisen und birgt eine große Fülle statistischen Materials, welches über den Lauf der Bewegung und den Werdegang der Organisation orientiert.

Nachdem in der Einleitung in anerkennenden Worten des durch den Tod aus der Verbandsverwaltung ausgeschiedenen Hauptkassierers Kollegen Treue gedacht worden ist, weist der Bericht auf die Veränderungen hin, welche im Laufe der zwei Jahre unter dem Personal in der Hauptverwaltung vorgenommen wurden.

Die Stelle als Hauptkassierer vertritt jetzt der Kollege Jehms. Der Kollege Jäckel ist auf Beschluß der Mühlhauser Generalversammlung im August 1906 in den Vorstand eingetreten. Ein weiterer Hülfsarbeiter machte sich für die Verwaltung notwendig, und wurde der Kollege Klingler aus Mülhausen im Elsaß dazu gewählt. Ausschlaggebend für die Wahl Klinglers war, daß er in Mülhausen schon längere Zeit in der Ortsverwaltung tätig war und daß er von Beruf Spinner ist. Es kommt vielfach vor, daß Branchenfragen aus der Spinnerei zu prüfen sind, wo ein Fachmann nötig ist. Da wir keine Spinner in der Verwaltung hatten, so ist durch Klinglers Wahl diesem Bedürfnis abgeholfen. Auch den Wünschen früherer Generalversammlungen, welche dahin gingen, eine weibliche Person in der Verbandsverwaltung anzustellen, ist Rechnung getragen; wir haben seit dem 1. Januar 1908 die Kollegin Martha Hoppe angestellt. Die Kollegin Hoppe war schon vorher agitatorisch tätig. Zur weiteren Ausbildung nahm sie an einem Kursus der Gewerkschaftsschule teil. Es ist hiermit der Anfang gemacht, die Arbeiterinnen in die Verbandsverwaltung einzuführen, hoffentlich findet dieses Beispiel auch in den Ortsverwaltungen Nachahmung. Es sind zurzeit 7 Personen in der Verwaltung angestellt.

Gauleiter sind zurzeit 12 tätig und außer diesen 57 Geschäftsführer in nachfolgenden Gauen und Orten:

Gau Schlesien 5: Grünberg 1, Langenbielau 2, Landeshut 1 und Reichenbach i. Schl. 1.

Gau Brandenburg 4: Kottbus 1, Forst 1, Luckenwalde 1 und Spremberg 1.

Gau Nord-West 7: Kassel 1, Braunschweig 1, Bremen 1, Delmenhorst 1, Neumünster 1, Hannover 1 und Vegesack 1.

Gau Rechtsrheinisch 5: Bielefeld 1, Barmen 3 und Elberfeld 1.

Gau Linksrheinisch 4: Aachen 1, Krefeld 1, M.-Gladbach 1 und Rheydt 1.

Gau Elsaß 5: Kolmar 1, Lörrach i. Baden 1, Markirch 1 und Mülhausen 2.

Gau Bayern 2: Beide in Augsburg.

Gau Süd 1: In Göppingen.

Gau Vogtland-Oberfranken 11: Crimmitschau 2, Glauchau 1, Hof 1, Kirchberg 1, Meerane 2, Plauen 1, Reichenbach i. V. 1, Werdau 1 und Zwickau 1.

Gau Erzgebirge 7: Chemnitz 2, Buchholz 1, Gelenau 1, Limbach 1, Leipzig 1 und Thalheim 1.

Gau Lausitz 3: Neugersdorf 1, Reichenau 1 und Zittau 1.

Gau Thüringen 3: Gera 1, Greiz 1 und Pößneck 1.

Dadurch, daß eine Reihe von Kollegen sich ganz für die Arbeiten der Organisation widmen können, ist es möglich, eine intensivere Tätigkeit zu entfalten, und können auch die Verwaltungsarbeiten gewissenhafter ausgeführt werden. Der Verbandsvorstand ist, soweit dies möglich war, den Wünschen der Ortsverwaltungen bezüglich Anstellung von Geschäftsführern nachgekommen; alle Wünsche konnten jedoch nicht erfüllt werden. Als Zuschuß für die Geschäftsführer wurde in den Jahren 1906 und 1907 der Betrag von 25 923 Mk. gezahlt, was als ein hoher Betrag nicht bezeichnet werden kann. Dadurch, daß diese Kollegen die größeren Ortsverwaltungen gut zusammenhalten und auch noch häufig den kleinen Verwaltungen mit Rat und Tat beispringen konnten, haben sie sich gewiß sehr bezahlt gemacht. Würden die Geschäfte nicht zuverlässig geführt worden sein, und wären daher eine Menge Mitglieder verloren gegangen, so wären auch erhebliche, vielleicht noch höhere Summen zur Agitation nötig gewesen, um die verlorenen Mitglieder wieder zu gewinnen. Größer aber wie dieser Nutzen ist der Nutzen, den die Mitglieder in jenen Orten, wo Geschäftsführer angestellt sind, haben dadurch, daß ihre Interessen im Arbeitsverhältnis besser wahrgenommen werden können. Die Unternehmer erdreisten sich schon nicht so viel Ungerechtigkeiten gegen die Arbeiter, wenn sie wissen, daß ein Mann da ist, der ihre Interessen energisch wahrnimmt.

Die Mitgliederzunahme in der Berichtsperiode ist als eine recht erfreuliche zu bezeichnen. Die Mitgliederzahl stieg um 48 632. Von dieser Ziffer entfallen auf die

männlichen Mitglieder	28 115
weiblichen Mitglieder	20 517

Folgende Tabelle zeigt unser Wachstum in den einzelnen Quartalen.

Am Schluß des 4. Quartals 1905, also beim Schluß des vorigen Rechenschaftsberichtes, hatten wir:

	Mitglieder männliche	Mitglieder weibliche	Zusammen
	51 868	**25 940**	**77 808**
I. Quartal 1906	58 155	32 421	90 576
II. „ „	61 961	36 114	98 075
III. „ „	65 636	38 401	104 037
IV. „ „	70 441	41 306	111 747
I. Quartal 1907	74 883	43 250	118 133
II. „ „	76 127	43 792	119 919
III. „ „	77 008	43 608	120 616
IV. „ „	**79 983**	**46 457**	**126 440**

Nach Prozenten berechnet ist die Mitgliederzahl innerhalb der letzten Geschäftsperiode um 62,5 Proz. gestiegen. Die Fortschritte, welche die Organisation bei den Arbeiterinnen gemacht hat, sind recht erheblich. Nach männlichen und weiblichen Mitgliedern getrennt beträgt die Zunahme bei den weiblichen 79,2 Proz., bei den männlichen nur 54 Proz.

Wenn man auch mit der Zunahme der Mitglieder einigermaßen zufrieden sein kann, so muß doch hervorgehoben werden, daß die Fluktuation innerhalb des Verbandes eine sehr große ist.

Es wurden in der Berichtsperiode **124 251** Mitglieder aufgenommen. Rechnen wir hierzu den Mitgliederbestand am Schlusse des 4. Quartals 1905, so müßte eine Mitgliederzahl von **202 059** vorhanden sein, es sind aber nur 126 440 Mitglieder vorhanden. Die fehlenden **75 619, gleich 37,4 Proz.**, entfallen auf die Fluktuation. Wenn man nun auch nicht den vollen Prozentsatz des Verlustes auf die Fluktuation rechnen kann, da ja ein Teil der Mitglieder aus natürlichen Ursachen der Organisation verloren geht, so muß doch seitens der letzteren mehr als bisher darauf gesehen werden, Mittel und Wege zu finden, um die gewonnenen Mitglieder dauernd an die Organisation zu fesseln. Allgemein bekannt ist es ja, daß oft viel leichter neue Mitglieder gewonnen werden können, als sie dauernd zu halten. Bei jeder Lohnbewegung kommen die Leute zum Verband, nach der Bewegung laufen sie wieder davon. Wir müssen aber mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften dahin wirken, unsere Organisation stabil zu machen.

Auch über die Mitgliederbewegung in den einzelnen Gauen bringt der Bericht eine vergleichende Tabelle, welche wir unseren Lesern nicht vorenthalten wollen. Solche vergleichende Tabellen haben den Zweck, die Kollegen zu wetteifernder Tätigkeit anzuspornen, dafür zu sorgen, daß jeder Gau der beste sei.

Die Mitgliederzahl in den einzelnen Gauen war am Schlusse des 4. Quartals folgende:

Gau	Mitglieder männliche	Mitglieder weibliche	Zusammen	Vertreter in Leipzig
Schlesien	4 454	4 518	8 972	13
Brandenburg . .	8 151	5 558	13 709	16
Nord-West . . .	5 652	4 525	10 177	16
Rechts-Rhein . .	9 856	1 177	11 033	12
Links-Rhein . . .	7 797	1 974	9 771	12
Elsaß	4 169	2 742	6 911	8
Süd	1 918	855	2 773	9
Bayern	2 085	1 771	3 856	7
Vogtland-Oberfr. .	12 713	9 106	21 819	21
Erzgebirge . . .	12 554	5 099	17 653	26
Lausitz	3 706	3 203	6 909	13
Thüringen . . .	6 872	5 921	12 793	18

Aus dieser Tabelle ist auch ersichtlich, wie ungerecht unsere heutige Wahlkreiseinteilung zur Generalversammlung ist. Im Gau Süd haben z. B. je 308 Mitglieder das Recht, einen Delegierten zu wählen, während im Gau Vogtland-Oberfranken erst 1039 Mitglieder einen Delegierten zu wählen haben, und ähnlich ist es in allen Gauen. Das ist ein unhaltbarer Zustand. Bei dem Wahlunrecht zum preußischen Landtage und nicht minder beim Wahlrecht zum Reichstage bekämpfen wir gerade am entschiedensten die ungerechte Wahlkreiseinteilung, durch welche die Wähler der großen Kreise gegenüber denjenigen kleinerer Kreise arg geschädigt werden, und wir haben in unserer eigenen Organisation den unerhörten Zustand, daß in dem einen Gau erst drei Mitglieder soviel Recht haben, wie im anderen Gau ein Mitglied. Hier muß die Generalversammlung in Leipzig Remedur schaffen und die Wahlkreiseinteilung nach den Vorschlägen des Zentralvorstandes, welche allen Mitgliedern eine gleichmäßige Vertretung sichern, vornehmen.

In welcher Weise die einzelnen Gaue an der Mitgliederzunahme beteiligt sind, das zeigt folgende Tabelle:

Gau	Mitgliederzahl IV. Quartal 1905 männl.	weibl.	Zusammen	Mitgliederzahl IV. Quartal 1907 männl.	weibl.	Zusammen	Mehr od. weniger geg. IV. Quartal 05 mehr	wenig
Bayern . .	3 037	2335	5 372	2 085	1771	3 856	—	1516
Süd . . .	2 850	877	3 727	1 918	855	2 773	5 957	—
Elsaß . . .	—	—	—	4 161	2742	6 911		
Links-Rhein	4 716	904	5 620	7 797	1974	9 771	4 151	—
Rechts-Rhein	5 326	699	6 023	9 856	1177	11 033	5 010	—
Nord-West .	2 588	1172	3 760	5 652	4525	10 177	6 417	—
Brandenburg	6 719	3440	10 159	8 151	5558	13 709	3 550	—
Schlesien .	3 392	1872	5 264	4 454	4518	8 972	3 722	—
Thüringen .	6 862	5059	11 921	8 872	5921	12 793	872	—
Sachsen . .	16 343	9584	25 927	—	—	—	—	—
Erzgebirge .	—	—	—	12 552	5099	17 653	20 454	—
Lausitz . .	—	—	—	3 706	3203	6 909		
Vgtl.-Oberfr.	—	—	—	12 713	9106	21 819		

Was den Gau Bayern anbetrifft, so hat eigentlich dieser keine Verluste, sondern noch einen Gewinn. Durch Loslösung von Oberfranken und Anfügung an den Gau Vogtland wurden dem Gau Bayern 2505 Mitglieder entzogen, die von dem Mitgliedergewinn in Sachsen abzuziehen sind. Wenn nun am 4. Quartal nur noch ein Verlust von 1516 Mitgliedern vorhanden war, so bedeutet das also, daß eine Zunahme von 989 Mitgliedern stattgefunden hat.

Den Löwenanteil, und zwar 17 949 Mitglieder, hat wiederum Sachsen zu verzeichnen. Verwaltungsstellen wies der Verband am Schlusse der Berichtsperiode 390 auf. Von diesen hatten

122	bis zu	50	Mitgl.	zusammen	2 986 Mitgl.
60	von 50—	100	„	„	4 400 „
76	„ 100—	200	„	„	10 655 „
61	„ 200—	400	„	„	17 259 „
19	„ 400—	600	„	„	9 288 „
14	„ 600—	800	„	„	9 495 „
8	„ 800—	1000	„	„	7 231 „
11	„ 1000—	1500	„	„	12 412 „
5	„ 1500—	2000	„	„	8 233 „
3	„ 2000—	2500	„	„	6 891 „
5	„ 2500—	3000	„	„	13 868 „
1	„ 3000—	3500	„	„	3 100 „
2	„ 3500—	4000	„	„	7 162 „
1	„ 4000—	4500	„	„	4 060 „
2	„ 4500—	5000	„	„	9 400 „
390	Verwaltungsstellen			zusammen	126 440 Mitgl.

Die Agitationsarbeit, die in diesen zwei Jahren geleistet worden ist, ist, wie die Tabelle auf nächster Seite oben zeigt, in allen Gauen eine sehr intensive und aufreibende gewesen. Und diejenigen, die da meinen, unsere agitatorisch tätigen Kollegen seien auf Rosen gebettet, mögen aus der Tabelle entnehmen, wieweit ihre Phantasie von der Wirklichkeit entfernt ist.

Zu dieser Tabelle, die im übrigen für sich selbst spricht, ist nur noch zu bemerken, daß der Gau Sachsen-Erzgebirge zwar keine Zahlen über die Lohnbewegungen ohne Streiks angegeben hat, daß aber gerade dort in den letzten zwei Jahren eine große Anzahl solcher Lohnbewegungen in den Bezirken der Strumpf- und Handschuhwirker stattgefunden haben. Der Vorstandsbericht rügt es, daß in einer Reihe Gaubezirke zu wenig Revisionen vorgenommen worden seien. Wenn man aber sieht, in welcher Weise die Gauleiter sonst in Anspruch genommen waren, so wird das erklärlich. Die Revisionen werden eben heute noch vielfach als eine Aufgabe aufgefaßt, deren Erledigung man sich unterzieht, wenn einmal „nichts" zu tun ist. Und da dieser Fall bei unseren Gauleitern selten eintritt, so erklärt es sich, daß hier manches mangelhaft aussieht. Manche Gauverwaltungen sind in letzter Zeit dazu übergegangen, einige geeignete Kollegen aus dem Gauvorstand mit Revisionen zu betrauen, um dieses wichtige Gebiet in der Verwaltung des Gauvorstandes nicht zu vernachlässigen. Jedenfalls aber ist die Mahnung des Geschäftsberichtes daran, daß die Revisionen mit zu den nötigsten Arbeiten des Gauleiters gehören, nicht unangebracht. Denn auch in vielen Ortsverwaltungen hält man es noch für Zeit- und Geldverschwendung, wenn jemand zu ihnen kommt, um zu revidieren.

Im Kapitel über die Agitation wird auch eine nach Gauen geordnete Uebersicht über das Ergebnis der mit der „Gleichheit" vorgenommenen Hausagitation gebracht. Das Ergebnis in bezug auf Gewinnung von Mitgliedern bezw. Abonnenten für die „Gleichheit" war folgendes:

	Mitglieder	Abonnenten
Gau Bayern	64	10
„ Süd	99	29
„ Elsaß	173	64
„ Links-Rhein . .	99	165
„ Rechts-Rhein . .	146	68
„ Nord-West . . .	596	124
„ Brandenburg . .	224	86
„ Schlesien . . .	318	70
„ Thüringen . . .	338	144
„ Sachsen-Erzgeb. .	591	310
„ Sachsen-Lausitz .	202	16
„ Sachsen-Vogtland	606	560

Gau	Es fanden statt überhaupt in der Zeit vom (Datum)	bis (Datum)	öffentliche Versammlungen	Mitglieder-Versammlungen	Flugblätter wurden verteilt	Flugblätter Auflage	Der Gauleiter selbst war anwesend bei: öffentlichen Versammlungen	Mitglieder-Versammlungen	Fabrik-Versammlungen	Besprechungen u. Konferenzen	Revisionen	Es fanden statt: Streiks	Lohnbewegung. ohne Streiks	Verhandlungen mit Unternehm.	Von den Verhandlungen waren: erfolgreich	teilweise erfolgreich	erfolglos
Nord-West	1. 7. 06	31. 12. 07	171	557	11	?	51	79	98	84	26	4	49	26	16	—	10
Erzgebirge	1. 10. 06		118	7	2	7000	65	7	73	26	20	6	—	7	3	1	3
Vogtland-Oberfranken	1. 10. 06		186	18	8	41000	87	13	70	79	16	14	11	22	12	8	2
Schlesien	1. 1. 06		241	87	8	80000	192	87	184	157	14	3	18	22	14	2	6
Links-Rhein	1. 1. 06		110	87	3	35000	93	71	132	298	22	24	118	59	20	14	25
Lausitz	1. 10. 06		143	40	6	17000	98	38	40	23	14	—	12	5	1	2	2
Bayern	1. 1. 06		285	53	?	85080	166	—	92	11	52	17	66	51	11	30	10
Rechts-Rhein	1. 1. 06		143	130	5	38500	123	127	215	130	31	21	107	29	7	9	13
Elsaß	1. 1. 06		563	84	23	276700	39	61	222	58	38	40	47	47	11	20	16
Brandenburg	1. 7. 06		193	52	9	10000	108	43	42	93	26	7	25	10	2	3	5
Süd	15. 8. 06		125	53	41	62550	79	53	64	135	16	6	18	20	7	4	9
Thüringen	1. 1. 06		97	113	7	95000	57	108	134	70	10	7	23	7	3	1	3
Zusammen	—	—	2375	1281	—	747830	1158	687	1366	1164	285	149	494	305	107	94	104

Das vorstehende Ergebnis mit der Gewinnung von 3456 Mitgliedern und 1646 Abonnenten ist leider kein vollständiges. Eine große Reihe Orte hat wohl die Hausagitation betrieben, hat aber an die Zentrale kein Ergebnis gesandt. Das muß unbedingt gerügt werden. Eine solche Hausagitation kostet ein schönes Stück Geld, weshalb dem Vorstand durch Uebermittelung des Ergebnisses aus allen Orten die Möglichkeit gegeben werden muß, zu kontrollieren, ob auch das Geld mit Nutzen angewandt worden ist. Entspricht der Erfolg der Hausagitation nicht den dafür aufgewandten Kosten, so muß eine andere Agitationsmethode eingeschlagen werden. Wie aber soll das der Vorstand wissen, wenn ihm die Kollegen das Ergebnis nicht einsenden? Wir geben nachstehend, nach Gaubezirken geordnet, die Zahl der Orte bekannt, welche das Ergebnis einsandten und welche die Einsendung unterließen. Das Ergebnis ist folgendes:

	Eingesandt	Nichteingesandt
Gau Bayern	9 Orte	17 Orte
„ Süd	7 „	26 „
„ Elsaß	8 „	16 „
„ Links-Rhein	7 „	15 „
„ Rechts-Rhein	8 „	26 „
„ Nord-West	23 „	15 „
„ Brandenburg	12 „	18 „
„ Schlesien	15 „	10 „
„ Thüringen	19 „	23 „
„ Sachsen-Erzgeb.	32 „	25 „
„ Sachsen-Lausitz	16 „	8 „
„ Sachsen-Vogtland	20 „	18 „

Wir sehen also hier die beschämende Tatsache vor uns, daß nur 176 Orte das Ergebnis einsandten, während 217 Orte die Einsendung unterließen; unter den letzteren befinden sich 10 Ortsverwaltungen, in denen Geschäftsführer angestellt sind. Wir wollen hoffen, daß nicht alle 217 Orte, welche kein Ergebnis einsandten, die Einsendung deshalb unterließen, weil sie keine Hausagitation vornahmen. Wir sagen, wir hoffen, **daß dies nicht bei allen 217 Orten** die Ursache für die Nichteinsendung gewesen ist. Bei einem Teile dieser Orte wissen wir indessen, daß man sich nicht an der Agitation beteiligt hat. Da lagen nach Wochen die Ballen und Pakete noch ebenso wohlverschnürt, als wie sie in der Druckerei verschnürt worden waren. Das ist entschieden zu verurteilen. Wenn da nicht ganz besondere Verhältnisse vorliegen, die eine solche Agitation zurzeit nicht zweckmäßig sein lassen, so darf sich eben auch kein Ort dieser Aufgabe entziehen. Am allerwenigsten aber darf eine solche Agitation, für welche die Agitationsmittel ausgegeben worden sind, aus Bequemlichkeitsrücksichten unterlassen werden. Wir wollen hier keine Orte nennen, aber wir meinen, daß da die Mitglieder, wenn eine Ortsverwaltung ihre Pflicht versäumt, mehr auf dem Posten sein müßten. Dort, wo man die Sache richtig in die Hände genommen hat, sind auch recht schöne, oft überraschende Erfolge erzielt worden. So wurden in Hattorf am Harz 225, Hannover-Linden 44, Braunschweig 44, Delmenhorst 40, Kottbus 80, Finsterwalde 40, Reichenbach i. Schl. 87, Pößneck 104, Thalheim-Gornsdorf 201, Glauchau 72, Mylau 40, Pausa 166, Reichenbach i. V. 71 und in Werdau 131 Mitglieder gewonnen. Auch hier gilt eben das Sprichwort: „Ohne Fleiß kein Preis." In der jetzigen Zeit, wo die Krise die Gemüter niederdrückt und eine Unternehmungslust zu großen Sachen nicht aufkommen läßt, da muß mit dieser durch die Hausagitation betriebenen Kleinarbeit um so mehr hantiert werden. Wir hoffen daher, daß die Erinnerungen, die wir hier gegeben haben, dazu führen werden, daß es in Zukunft bei der Hausagitation besser klappt und aus allen Orten das Ergebnis gemeldet wird.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir gleich noch auf etwas anderes hinweisen, nämlich auf die Berichterstattung über die Bewegungen einzelner Belegschaften. Es kommt namentlich jetzt sehr häufig vor, daß Unternehmer den Versuch wagen, die Löhne oder Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Durch das einmütige Auftreten der Arbeiter wird dieser Versuch aber häufig abgeschlagen. Die Kollegen glauben, damit sei die Sache erledigt, und wenn sie den Zentralvorstand nicht gebraucht haben, halten sie es nicht für nötig, über diese Bewegung zu berichten. Das ist ein großer Fehler. Denn auch in diesem Falle, wo zwar die Hauptkraft der Organisation nicht mobil gemacht werden brauchte, wo aber in der Regel unsere Kollegen die Führung bei der Bewegung übernehmen, ist die Abwehr der Verschlechterung ein Erfolg unserer Organisation, der verzeichnet werden muß und später mit zur Agitation dient, wenn er dazu beiträgt, das Konto der Erfolge der Organisation zu erhöhen. Eine Organisation wird um so mehr Anhang gewinnen, je mehr Erfolge sie aufzuweisen hat. Daher ist es notwendig, daß die Kollegen bei solchen Bewegungen sofort Meldung an den Zentralvorstand gelangen lassen, der dann sofort den Fragebogen für die Statistik hinsenden wird, um zu erfahren, um was es sich bei der Bewegung gehandelt hat. In einem zweiten Artikel werden wir uns unsere Finanzgebarung betrachten.

Aus der klerikalen Hochburg Aachen.

Die nachfolgende, aus der Feder unseres Kollegen W. Reimes in Krefeld stammende kulturpolitische Abhandlung über die Wirkungen der klerikalen Verdummungspolitik in der rheinischen Tuchwarenmetropole Aachen befindet sich in Nr. 7 der „Gleichheit" und wird uns mit der Bitte um Abdruck übersandt. Wir kommen dieser Bitte sehr gern nach, und zwar schon deshalb, weil aller Voraussicht nach in Aachen wegen der Einführung des Zweistuhlsystems sehr ernste Differenzen ausbrechen werden, weshalb es für unsere Leser wichtig ist, zu erfahren, in welchen beklagenswerten Verhältnissen sich die dortige Arbeiterschaft befindet. Diese kulturpolitische Abhandlung über die Wirkungen der klerikalen Verdummungspolitik mag aber auch allen unseren Mitgliedern als heilsame Lehre dienen, dahingehend, sich nicht erst in die Fänge des Klerikalismus zu begeben, sondern alle Kräfte überzeugender Beredsamkeit in unermüdlicher Weise aufzuwenden, um jene bedauernswerten Opfer des Kapitalismus den Fängen des Klerikalismus, welch letzterer nur der gewissenlose Zutreiber des Kapitalismus ist, zu entreißen.

Kollege Reimes schreibt:

Aachen ist eine Stadt von 142 000 Einwohnern. Ihre Hauptindustrie ist die Textilindustrie — Aachener Kleiderstoffe werden in alle Länder versandt, und mehr als 17 000 Arbeiter und Arbeiterinnen sind bei ihrer Herstellung beschäftigt. Aachen steht aber auch im Rufe großer Frömmigkeit, und es gibt außer Kevelaar und vielleicht noch Trier wohl kaum eine Stadt im Rheinland, wo der Einfluß der katholischen Kirche sich so breit macht wie in Aachen. Das ganze äußerliche Stadtleben erhält davon ein kirchliches Gepräge, und wenn Kirchen und Geistliche, Reliquienverehrung und öffentliche Bittgänge auch nur im geringsten die materielle Lage der breiten Volksmassen zu heben vermöchten dann müßte sich in Aachen das Wohlergehen der Arbeiter turmhoch über deren Elend in den meisten anderen Industriebezirken erheben. In Wirklichkeit ist jedoch das Gegenteil der Fall: im Aachener Bezirk werden viel niedrigere Durchschnittslöhne gezahlt als zum Beispiel in der Krefelder oder M.-Gladbacher Textilindustrie. Die Frömmigkeit hat also die materielle Verelendung entschieden nicht gehindert und ebensowenig die Herausbildung der schärfsten Klassengegensätze. Nirgends können die Unterschiede zwischen bitterer Armut und verschwenderischem Reichtum schärfer auftreten als im frommen Aachen. Daß der starke kirchliche Einfluß nicht gerade günstig auf das geistige Niveau der Einwohnerschaft wirkt, ist wohl selbstverständlich. Aachen verdient alles andere als eine Stadt der Intelligenz genannt zu werden. Die Arbeiterbewegung hat dort mit unbeschreiblicher Gleichgültigkeit und mit erbittertem religiösen Fanatismus zu kämpfen, und es wird für Arbeiterinnen aus protestantischen Gegenden oder aus katholischen Bezirken, wo die religiösen Gefühle weniger entflammt sind, sicher interessant sein, ein Stimmungsbild aus den Aachener Arbeiterkreisen zu erhalten.

Die Agitation hatte mich wieder einige Tage in Aachen festgehalten, und um das Nützliche mit dem Angenehmen zu verbinden, machte ich unserem Vertrauensmann den Vorschlag, die notwendigen Maßnahmen bei einer Fußtour zu besprechen. Das Ziel war Neutral-Moresnet, das ist ein zwei Stunden von Aachen entfernter Wallfahrtsort. Der Weg führte uns durch herrlichen Wald auf guter Chaussee dahin, die jedoch, als wir preußisches Gebiet verließen, zu einem holperigen Waldweg wurde. Unterwegs erzählte mir mein Begleiter, daß die Chaussee aus den vierziger Jahren stamme; um dem großen Elend zu steuern, mußten damals die Behörden Notstandsarbeiten vergeben. Doch die beim Wegbau arbeitenden Hungerleider ließen sich trotzdem vom Revolutionsfieber anstecken und zogen mit Hacke und Schaufel gen Aachen. Sie sangen dabei ein „Revolutionslied", das noch heute im Aachener Volksmund erhalten ist.

Bald jedoch fesselte anderes als Chaussee und Erzählung meine Aufmerksamkeit. Rechts und links vom Wege hingen an Baumstämmen große und kleine Heiligenstatuen. Nichts Künstlerisches ist daran, im Gegenteil, viele sind ein rohes Handfertigkeitsprodukt der Bittgänger selbst. Sie sehen aus wie die ersten Kunstversuche eines auf primitiver Kulturstufe stehenden Völkerstammes, in Formen gehalten und mit Farben bemalt, die von einer trostlosen Geschmacklosigkeit zeugen, und mit Inschriften versehen, die alle in fürchterlichem Deutsch um Barmherzigkeit in der Sterbestunde flehen.

Vor diesen unförmlichen Heiligtümern aber knien Arbeiterfrauen, in Andacht versunken, ihrer Umgebung vollständig entrückt; an uns vorbei gehen Männer, den Rosenkranz murmelnd, sie betrachten uns mit feindseligem Blick. Einmal treffen wir einen elenden Krüppel. Ein Bein ist ihm glatt weggenommen, auf Krücken steht er barhäuptig im Sonnenbrand und bettelt — die personifizierte Erdenqual. Neben ihm am Wegrain sitzt eine Alte mit erloschenen Augen, durch die knöchernen Finger gleitet der unvermeidliche Rosenkranz, und eintönig klingt ihr Gemurmel: „Gegrüßt seist Du Maria ..."

Mehr als 300 Heiligenbilder sollen sich um Neutral-Moresnet befinden, und in der Gnadenkapelle stockt einem der Atem vom Duft der geopferten Kerzen und Wachsherzen. Jeden Mittwoch, Sommer und Winter, geht von Aachen der Bittgang nach dort.

Wunderliche Betrachtungen drängen sich bei solcher Wanderung auf, aller Spott verstummt, denn mit einem Schlage sieht man das Kulturniveau der Bevölkerung vor sich, man begreift die furchtbare Macht, die der Katholizismus auf die Geister ausübt. Es ist, als ob sich eine schwarze Riesenhand auf die Gehirne gelegt hat und jeden aufkeimenden irdischen Gedanken erstickt. Groß und starr erhebt sich die Mauer der Vorurteile, und ihre Festigkeit weiß vor allem der zu beurteilen, der selber in solchem Milieu erzogen worden ist.

Sogar bis in die Aachener Fabriksäle erstreckt sich der alles beherrschende Heiligenkult. Fast jede Weberei besitzt hier ihr Muttergottesbild und es ist der Stolz der armen Lohnsklaven, ihm nicht nur ein bescheidenes Plätzchen, sondern einen recht prunkenden Altar in der Fabrik zu errichten. Jeden Samstag wird eine Kollekte veranstaltet für Blumen und Kerzen zum Schmuck des Altars. Vor allem im Maimonat, der von der katholischen Kirche besonders der Muttergottesverehrung gewidmet ist, wird der Marienaltar mit Blumen überdeckt, und täglich finden Andachten davor statt. In einem Betrieb treten an den Vorabenden der

Monatsrevue über das Textilgewerbe.

Das wirtschaftliche Unwetter scheint nun mit voller Wucht über das Textilgewerbe hereingebrochen zu sein. Aus fast allen Teilen des Reiches kommen Meldungen über Produktionseinschränkungen und Entlassung von Arbeitern. Das letztere ist natürlich für unsere Unternehmer ein sehr gewagtes Experiment; denn ein Teil dieser entlassenen Arbeiter geht verloren. Diese Arbeiter suchen in anderen Branchen Unterkommen und da in anderen Berufen in der Regel bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen bestehen, so kehren diejenigen Arbeiter, die sich in den neuen Beruf einarbeiten, nicht mehr in die Textilindustrie zurück. Wir haben also damit zu rechnen, daß, was ja für uns nicht ungünstig ist, bei wieder flottgehenderer Beschäftigung noch ein größerer Mangel an Arbeitskräften vorhanden sein wird, wie in den letzten Jahren. Wohl gibt es einige Unternehmer, welche diese Kalamität voraussehen. Diese haben sich denn auch entschlossen, keine Entlassung von Arbeitern vorzunehmen. Wenn sie zur Einschränkung der Produktion schritten, so geschah dies in der Regel durch Ruhenlassen des Betriebes an einem Wochentage. In einigen, aber nur ganz vereinzelt vorgekommenen Fällen hat man den Arbeitern für den dadurch entstandenen Lohnverlust eine kleine Entschädigung gegeben. In der Mehrzahl solcher Fälle von Produktionseinschränkung glaubt jedoch das Unternehmertum, die Arbeiter ohne jede Entschädigung abspeisen zu können. Und ebenso haben wir jetzt die Erfahrung machen müssen, daß in vielen Webereien für das Warten auf Material keine Entschädigung mehr gezahlt wird. Das ruft natürlich unter der Arbeiterschaft kolossale Erbitterung hervor, welche, wenn sie auch gegenwärtig zurückgedämmt wird, bei günstigerer Zeit mit elementarer Gewalt zum Durchbruch kommen wird. Gerade unsere Webereien und überhaupt die garnverarbeitenden Branchen, welche fast durchweg auf den allgemeinen Weltmarkt angewiesen sind, sollten ihre Arbeiter etwas weniger schofel behandeln. Denn soviel steht fest, **daß es in diesen Branchen in allererster Linie von der Fertigkeit der Arbeiter abhängt, ob die Erzeugnisse siegreich aus dem Wettbewerb auf dem Weltmarkt hervorgehen.** Diese Tatsache geht aus einem Bericht hervor, den der amerikanische Repräsentant der Firma Kratz u. Burk in Glauchau über „Deutschlands führende Stellung in feinen Damenkleiderstoffen auf dem amerikanischen Markte", geschrieben hat. Es heißt in diesem Bericht:

„. . . Der Umstand, daß die deutschen Fabrikanten (!) eine so substantielle Ware herstellen, bildet auch die Erklärung, daß wir der widrigen Zeitverhältnisse ungeachtet, ein äußerst befriedigendes Geschäft machen, **da nur für gute und beste Ware ein stetig wachsender Bedarf vorhanden.** Nur die billigen Stoffe finden zu fertigen Kleidern Verwendung. Damen, die nach Maß arbeiten lassen, verlangen gute haltbare Stoffe und bezahlen gern dafür einen höheren Preis. Unsere Erfahrung ist, **daß in jeder Saison bessere Waren verlangt werden,** und dieser Geschmacksrichtung haben die deutschen Fabrikanten mit kluger Erkenntnis Rechnung getragen."

Die deutschen Fabrikanten sind es natürlich nicht, welche diese Ware herstellen; es sind vielmehr die deutschen Arbeiter, die das bewerkstelligen und deren Intelligenz und Fertigkeit ist mithin der Hauptfaktor in unserer auf den Warenexport angewiesenen Industrie. Mit billiger Lumpenarbeit ist die Welt nicht zu erobern, sondern nur mit guten Qualitätswaren, zu deren immer besserer Hervorbringung eine gut eingearbeitete, geistig und körperlich hochstehende Arbeiterschaft erforderlich ist. Wenn die Unternehmer jetzt dieser Tatsache keine Rechnung tragen, so werden sich, wenn sie die Arbeiter in ihrer Existenz gefährden, die Folgen dieser Wirtschaftskrise erst dann recht empfindlich schädigend bemerkbar machen, wenn die eigentliche Krisis wird vorüber sein und die Zeit gekommen sein wird, bei der sich nun wieder in aufsteigender Linie befindlichen Geschäftskonjunktur, alle Chancen auszunützen, um im Vordertreffen des Konkurrenzkampfes bleiben zu können. Die deutsche Textilarbeiterschaft weiß heute wohl zu würdigen, was der deutschen Industrie der Textilwaren nottut, um sie auf dem Weltmarkt mit der englischen und französischen Textilindustrie in erfolgreichen Wettbewerb eintreten zu lassen. Und die deutsche Textilarbeiterschaft weiß auch, daß sie die Qualifikation besitzt, ihrer Industrie die besten Chancen zu sichern. Aber wenn sie das weiß, so verlangt sie, daß man sie nicht nur als Ausbeutungsobjekt behandelt, welches man, wenn man es nach Möglichkeit ausgenützt hat, einfach zur Seite schiebt. So hat die deutsche Textilarbeiterschaft jedenfalls nicht gewettet, daß sie mit ihrem Fleiß und ihrem Können in der Zeit der Hochkonjunktur Riesenvermögen über Riesenvermögen hervorzaubert, welche samt und sonders in den Geldschränken der Unternehmer verschwunden sind, während die Arbeiter, wie zum Dank dafür, nun jetzt in der Krise ihre Existenz ganz oder zum Teil einbüßen sollen. Für die deutsche Textilindustrie ist die Arbeiterfrage in dem hier dargelegten Sinne eine Lebensfrage und die Unternehmer sägen gewissermaßen selbst den Ast ab, auf dem sie sitzen, wenn sie durch eine solche rücksichtslose Behandlung der Arbeiter, wie sie bei den Betriebseinschränkungen jetzt vorkommt, zahlreiche Existenzen unbekümmert niedertreten oder an den Rand des Ruins bringen.

Denn daß allzuscharf leicht schartig macht, das zeigt sich jetzt bei der Krisis noch von einer anderen Seite. Wir haben das schon vor Jahresfrist vorausgesagt, nämlich, daß, wenn erst einmal die Hochkonjunktur vorüber sein werde, die Wirkungen des während dieser Hochkonjunktur ausgebrochenen Konventionsfiebers für die Textilindustrie außerordentlich nachteilige sein würden. Diese Tatsache ist jetzt zu verzeichnen. Solange die Warenknappheit bestand, mußten es sich ja die Detaillisten gefallen lassen, daß ihnen die Fabrikanten in den scharfen Bestimmungen der Konventionen die Luft sozusagen abschnürten. Aber wir sagten schon damals, daß, wenn erst wieder der normale Zustand zurückkehren, d. h. die Kaufleute nicht mehr zu den Fabrikanten, sondern die Fabrikanten wieder zu den Kaufleuten würden gehen müssen, um ein Geschäft abzuwickeln, diese Konventionsbestimmungen zu einem Strick für die Fabrikanten werden würden. Und das ist denn nun auch eingetreten. Daß die Bestellungen in so kleinen Details eingehen und dadurch dem Fabrikanten jede Möglichkeit genommen wird, in seinem Betriebe für eine längere Zeit über den Beschäftigungsgrad zu disponieren, das ist nur auf die Bestimmungen der Verkaufskonventionen zurückzuführen. Das wird jetzt auch von einem Befürworter der Konventionen im „Confectionair" zugegeben. Dieser sagt:

„In mancher Branche ist ein Ueberfluß von Aufträgen nicht mehr vorhanden; im Gegenteil, es mangelt an Orders und an Beschäftigung. Da Valutierungen der Fakturen unstatthaft, hält man mit Bestellungen zurück. Ist nun der Verkäufer bemüht, Aufträge einzuholen, dann scheitert sehr oft eine besonders für den Fabrikanten notwendige rechtzeitige Disposition an den Bestimmungen der betreffenden Konvention. Insbesondere ist dieses im **Verkehr mit Detailleuren** der Fall. In der Mehrzahl ist der Detailleur kein Großkapitalist. Er muß zumeist **seine geschäftlichen Dispositionen nach der jeweilig eintretenden Höhe seiner Einnahmen bestimmen.** Beengen ihn nun die ihm gestellten Konventionsbestimmungen in solcher Weise, daß er ängstlich bedacht sein muß, auch seine Einkäufe auf der Basis der pünktlichen Bezahlung aufzubauen, dann wird er sicherlich den **Termin seines Einkaufs möglichst hinausschieben,** zum Schaden und zum Nachteil des betreffenden Grossisten resp. Fabrikanten. Anderseits darf, besonders in „schlechten Zeiten", der Detailleur, zumal in den kleineren Orten, in keiner Weise seine Kundschaft, das Privatpublikum, um Zahlung drängen. Er muß **mehr noch als sonst** hierbei Nachsicht walten lassen; denn er hat gegenüber seiner Kundschaft keine Konvention als Rückendeckung. Er selbst aber unterliegt der Schraube fester, straffer Zahlungsbedingungen, die, wenn sie auch weitsichtig sind, doch ihm oft schon Verluste in bezug auf **Einbußen von Skontis** bringen und seinen ohnehin geringen Verdienst noch mehr verringern.

Daher möchte ich an alle Konventionsgemeinschaften die Mahnung richten, die Bestimmungen der Konvention nochmals scharf zu prüfen, ob sie **bei der heutigen flauen Geschäftszeit auch nicht eher schaden als nützen! So manche Bestimmung, die noch vor einem Jahre unter dem Zeichen der Hausse nicht schädlich wirken konnte, ist vielleicht jetzt bei der veränderten Konjunktur eine Fessel für die betreffende Branche."**

Hier wird also zugegeben, daß man in der jetzigen flauen Zeit wohl Aufträge bekommen würde, aber da die Zahlungsfrist nicht verlängert wird, so kauft der Kaufmann nicht früher, als bis er die Ware braucht. Für den Fabrikanten ist das sehr unvorteilhaft. Er hat zeitweise wenig oder gar keine Aufträge, **während zu anderer Zeit die Aufträge sich zusammenhäufen und er sie nicht**

Marienfeste die dort in Arbeit stehenden Mitglieder des Kirchenchores zusammen und singen ihrer Gottesmutter Lieder zum Preis. An solchen Tagen werden auch die Kerzen angezündet; immer aber brennt das sogenannte „ewige Licht", ein Oelflämmchen in roter Glaskugel. So wird selbst der staubgeschwängerte Fabriksaal zur Stätte eines religiösen Kults. Und so mächtig und stark ist er, daß sogar Mitglieder der freien Gewerkschaften sich an den Sammlungen beteiligen, aus Furcht, sonst Arbeit und Brot zu verlieren. Das Personal einer Fabrik, das im Streik die Arbeit verließ, nahm nebst ihren winzigen Habseligkeiten auch ihren tönernen Schutzheiligen mit sich fort. Eine aufgeklärte Arbeiterin würde dies sicher für einen mittelalterlichen Spuk halten. Und mit dem, was wir schilderten, ist noch lange nicht erschöpft, was für die leidenschaftlich religiöse Stimmung der Geister charakteristisch ist. In den stillen Stopfsälen z. B., wo keine Räder sausen, keine Webschützen surren, wo die Symphonie der Arbeit nicht erklingt, werden die Gebete sogar laut und gemeinsam verrichtet. Während die Stopferinnen, über das Webstück gebeugt, ihre „leichte", jedoch Brust und Augen ruinierende Arbeit verrichten, ertönen die monotonen Wortreihen des Rosenkranzes. Kein Freiheitslied erklingt, kein begeisterndes Solidaritätsgefühl, kein Gedanke an das große Ringen des klassenbewußten Proletariats bewegt die Herzen, überall nur das fleischgewordene Evangelium kapitalistisch-christlicher „Kultur": Bete und arbeite!

Ein Unternehmer ließ sogar direkt in der Fabrik durch einen Geistlichen Missionspredigten abhalten. Die Arbeitssäle, wo der Götze Kapital Menschenopfer verschlingt, wo er Generationen die Gesundheit raubt und ihre geistige Entwickelung hemmt, sie wurden zum Tempel des Christengottes, und sein gesalbter Diener demonstrierte die „heilige Allianz" zwischen Kirche und Kapital. Er versammelte die Elenden und Entrechteten um sich, aber anstatt angesichts dieser Opfer der kapitalistischen Gesellschaft Worte flammender Empörung zu finden, erzählte er ihnen salbungsvoll von der Rettung ihrer Seelen und den Freuden, die ihrer im „Jenseits" warten . . . . So segnet der Weihwedel den Geldsack!

Solch ein Gottesmann braucht nicht zu befürchten, daß die Kapitalgewaltigen sich denunzierend an den Erzbischof Fischer wenden: „Kaplan hetzt das Volk auf!" Der lehrt ganz nach den Intentionen seines vorgesetzten Kardinal-Erzbischofs, „daß die Arbeiter durch Gottes weise Vorsehung ein Leben der Entsagung, der Niedrigkeit und der demütigen Arbeit führen".

Nie würden Generationen um Generationen soviel Leiden ertragen, nie in solcher Demut ihren Nacken unter das Joch gebeugt haben, wenn diese Lehre mit ihrer Hoffnung auf das Jenseits und ihrer Furcht vor den Höllenstrafen nicht eine so furchtbare Gewalt über die Gemüter ausübte. . . . . Es ist begreiflich, wie ungeheuer schwierig die Agitation unter einer so gerichteten Bevölkerung ist. Diese Arbeiter und Arbeiterinnen glauben es ihren geistlichen Führern aufs Wort, wenn diese ihnen die moderne Arbeiterbewegung als den Inbegriff aller Schlechtigkeit schildern. Da arbeitet alles Hand in Hand: Christliche Gewerkschaften, katholische Arbeitervereine, Jungfrauenvereine, christliche Müttervereine, Kanzel und Beichtstuhl nicht zu vergessen — und dann der Vizenzverein. Das Wesen dieser Organisation sowie auch des gleichartigen protestantischen Frauenvereins besteht darin, daß unter dem Protektorat reicher Leute Almosen gesammelt und unter die bedürftigen Volksmassen verteilt werden. Eine ungeheure Korruption und Speichelleckerei wird dadurch großgezogen, denn wer nicht pariert, kriegt nichts. Das bewirkt dann nicht nur, die von der Wohltätigkeit Ausgehaltenen bei der „christlichen Fahne" zu halten, sondern es verhindert auch, daß die auf Almosen Wartenden sich aufraffen, um aus eigener Kraft ihre Lage zu verbessern.

Alle diese Einflüsse aber, um die proletarischen Massen dem Klassenkampf fernzuhalten, werden überboten durch die Leistungen der klerikalen Presse. Ihr Inhalt ist ein ständiger Appell an die niedersten Instinkte, an die schlechtesten Leidenschaften der großen Masse, eine fortwährende Aufforderung zum Hasse gegen die Sozialdemokratie; ihre Verleumdungssucht übertrifft alle Leistungen des Reichsverbandes. Das ist die Zeitungspest, von der Lassalle sagte: „Wenn tausende von Zeitungsschreibern, dieser heutigen Lehrer des Volkes, mit hunderttausend Stimmen täglich ihre stupide Unwissenheit, ihre Gewissenlosigkeit, ihren Eunuchenhaß gegen alles Wahre und Große in Politik, Kunst und Wissenschaft dem Volke einhauchen, dem Volke, das gläubig und vertrauend nach diesem Gifte greift, weil es geistige Stärkung aus demselben zu schöpfen glaubt, nun so muß dieser Volksgeist zugrunde gehen und wäre er noch dreimal so herrlich." — Aber trotz aller Schwierigkeiten verlieren wir den Mut nicht. Wir wissen, daß die Grenzdistrikte des Rheinlandes kein Boden sind für sprunghafte Fortschritte, denn jeden Anhänger müssen wir unseren Gegnern aus den Fängen reißen. Aber wir wissen auch, daß die Entwickelung für uns ist, und wir sehen auch Fortschritte. Und daß sie größer werden, dazu wird jede Gesinnungsgenossin im Lande beitragen. Denn wenn draußen die Flut unserer Bewegung wächst, wenn nach Duisburg die großen Zentralen Köln und Düsseldorf unser werden, dann können auch die Grenzbezirke sich nicht mit einer chinesischen Mauer vor den neuen Ideen abschließen. Letzten Endes verteidigen die Gegner einen verlorenen Posten, es geht ihnen wie dem Schwindsüchtigen, der um Verlängerung seines Lebens kämpft. Deshalb auch ihre riesigen Anstrengungen, die sich vor allem auf die Frauenwelt konzentrieren. Sie wissen, welch einen gewaltigen Einfluß sie durch die Frau auf die Männerwelt ausüben, sie wissen vor allem, daß sie mit der Frau die heranwachsende Jugend haben. Verdoppeln deshalb auch wir allerwärts unsere Bemühungen zur Gewinnung des weiblichen Geschlechts; das wird rückwirken auf die Textilarbeiter am Rhein — auch sie werden erwachen, und das mittelalterliche Dunkel wird der Sonne des Sozialismus weichen!

Aachen und das Zweistuhlsystem.

Wegen der Einführung des Zweistuhlsystems sollen keine Arbeiterentlassungen stattfinden, so reden noch heute die Sistenich, Klütgen und Konsorten ihrem gutgläubigen Anhang im christlichen Textilarbeiterverband vor. Die Erfahrung hat uns aber recht gegeben, wenn wir das Gegenteil behaupteten. Fortwährend werden Entlassungen in den verschiedensten Betrieben vorgenommen; es vergeht kein Tag, wo man nicht zu hören bekommt, in diesem oder jenem Betriebe sind Weber entlassen worden und zum Teil direkt wegen Einführung des Zweistuhlsystems, oder weil die betreffenden Arbeiter und Arbeiterinnen sich weigerten, zwei Stühle zu bedienen. Ja, in einem Betriebe wurde seitens eines Meisters sogar an eine sich in anderen Umständen befindliche Frau das Ansinnen gestellt, zwei Stühle zu übernehmen, und als diese, mit Rücksicht auf ihre vorgeschrittene Schwangerschaft, sich weigerte, wurde derselben die Entlassung gegeben. So sieht in Wirklichkeit das Versprechen der Fabrikanten aus. Und diesen Köder setzt die christliche Verbandsleitung ihren -Mitgliedern noch als Glaubenswahrheit vor, an der nicht zu zweifeln wäre. Sollte es dennoch einer wagen, berechtigte Zweifel zu hegen und auszusprechen, nun so fliegt er eben, wie der Fall Ganser beweist, hinaus. In einer Rede, die der christliche Verbandsbeamte in Würselen am 10. April hielt, führte er unter anderem aus, daß die Unorganisierten bei einem eventuellen Kampf nach vier bis fünf Wochen zur Arbeit gezwungen seien. In der Versammlung im Zoologischen Garten sagte der christliche Herr Pesch, sie, die Christen, **seien nach drei Wochen mit ihren Mitteln zu Ende** und so müßte alsdann der Kampf (vorausgesetzt doch, daß es überhaupt zu einem Kampf gekommen wäre. D. B.) ihrerseits abgebrochen werden. Also, nach den eigenen Ausführungen dieser beiden christlichen Verbandsbeamten, ist den Unorganisierten noch mehr Ausdauer zuzutrauen als den Christen. Müssen die Herren aber verteufelt wenig Vertrauen in ihre eigenen Mitglieder setzen. Diese Auslassungen sind es wert, beachtet zu werden. Vielfach wird von den christlichen Prahlhänsen auch damit geflunkert, im Jahre 1896 sei der Deutsche Textilarbeiterverband in Aachen bereits für die Einführung des Zweistuhlsystems eingetreten. Demgegenüber veröffentlichen wir im folgenden eine Resolution, welche in einer Mitgliederversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes, Filiale Aachen, **am 6. Dezember 1896** angenommen wurde. Dieselbe besagt genau das Gegenteil von dem, was die Christen uns jetzt so gern andichten möchten. Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

„In Erwägung, daß durch Einführung des Zweistuhlsystems viele Hunderte von Webern um ihre sowieso schon kümmerliche Existenz gebracht würden und die in der Textilindustrie in normalen Zeiten und bei gutem Geschäftsgang im großen Umfange vorhandene Reservearmee noch mehr vergrößert würde; in weiterer Erwägung, daß dadurch die menschliche Arbeitskraft noch intensiver als wie bisher von seiten der Unternehmer ausgebeutet würde und dadurch um so leichter Krankheiten und Siechtum zum Opfer fallen würden; in fernerer Erwägung, daß es in volkswirtschaftlicher Beziehung ein großer Fehler ist, große Massen von Arbeitern außer Tätigkeit zu setzen, welche dadurch in ihrem Verbrauch zum Leben auf ein noch tieferes Niveau gedrückt werden, ein Niveau, welches geeignet ist, die fast regelmäßig wiederkehrenden Krisen noch mehr zu verschärfen, erklärt die Aachener Mitgliedschaft des Deutschen Textilarbeiterverbandes sich gegen die Einführung des Zweistuhlsystems. Erklärt aber auch ferner, daß, wenn die Textilarbeiterschaft von Aachen und Umgegend sich nicht mehr als bisher der Organisation anschließt, selbiges nicht verhindert werden kann." —

So, ihr „Heerverführer" vom christlichen Textilarbeiterverband, war die Stellung unserer Filiale zu der Zweistuhlfrage im Jahre 1896, und so ist sie auch noch heute nach 12 Jahren.

Wer umgefallen, wer seine frühere Haltung zum Zweistuhlsystem aufgegeben hat, das sind nicht wir, sondern die Wetterfahnen vom christlichen Verband, die Kohlenschlepper für die Maschine Kapitalismus.

Der „Christliche Textilarbeiter", Organ des christlichen Textilarbeiterverbandes, schrieb in seiner Nummer vom 29. März 1903 folgende Epistel gegen das Zweistuhlsystem:

„Das Zweistuhlsystem kann nicht als ein Fortschritt in der Technik angesehen werden, **aber wohl als Fortschritt in der Ausbeutung des Arbeiters.** Als ein Beispiel kann uns Verviers dienen. Bei Einführung des Zweistuhlsystems dort zahlte man den Arbeitern einen Lohn von 30 Franken wöchentlich, nachdem die Arbeiter sich eingearbeitet, führte man wieder Akkordarbeit ein und reduzierte die Löhne derartig, **daß jetzt auf zwei Stühlen noch weniger verdient wird wie früher auf einem.** Auch dort versprachen die Arbeitgeber, nur Damenartikel auf denselben zu verarbeiten; das Versprechen wurde aber von mehreren Arbeitgebern nicht gehalten und man ging bald dazu über, sämtliche Artikel (komplizierte Ware) auf denselben zu verarbeiten. Die Folgen machten sich bald bemerkbar, denn nicht **weniger als 3000 Textilarbeiter** haben den heimatlichen Staub von ihren Füßen abgeschüttelt und sind nach Amerika übergesiedelt, Hunderte sind hier in Aachen beschäftigt, und die Textilindustrie ist dort rapid zurückgegangen, das sind die Folgen des Zweistuhlsystems.

Dasselbe würde hier der Fall sein, wenn die Arbeiterschaft etlichen kapitalkräftigen Großindustriellen zu Liebe darauf einginge, auf zwei Stühlen zu arbeiten. Die Herren, die sich so sehr für das Zweistuhlsystem interessieren, haben erklärt, daß sie die Garantie nicht geben können, daß der jetzige Aachener Artikel nicht auf dem Zweistuhlsystem verarbeitet würde. Sorge man nur allerorts, daß der Arbeiter kaufkräftig wird, dann werden auch wieder bessere Zeiten entstehen."

Ja, daß die Arbeiterschaft nicht kaufkräftig wird, dafür sorgt schon die politische Vertretung der christlichen Gewerkschaften, das Zentrum, durch seine wuchernde Zollpolitik, wodurch dem arbeitenden Volke alles verteuert wird, was es zum Leben unbedingt braucht.

Es ist wahrhaftig höchste Zeit, daß die Arbeiter auch in dem noch so dunklen Aachen der christlichen Gewerkschaftsbewegung die Gefolgschaft kündigen. Dieser Gewerkschaftsrichtung, die selbst dann, wenn sie es einmal wollte, nicht in der Lage wäre, bessere Zustände für die Arbeiter herbeizuführen. Die einzige richtige Vertretung unserer wirtschaftlichen Interessen das ist die freie Gewerkschaft und für uns der Deutsche Textilarbeiterverband.

Vor 15 Jahren.

Dem „Proletarier aus dem Eulengebirge" wird aus dem Bureau der Einzelmitgliedschaft unseres Verbandes nachfolgende sehr beachtenswerte historische Abhandlung über die Entwickelung unserer Organisation geschrieben:

„Es war am 9. April 1893, als eine kleine Zahl von Genossen in der Stube des leider viel zu früh verstorbenen Genossen Hermann Aust zusammentrat, um für Langenbielau eine Filiale des Deutschen Textilarbeiterverbandes zu gründen. Die erste Mitgliederversammlung fand am 22. April 1893 in der Tischlerwerkstätte des Genossen Hermann Tschiersky statt. Auf der Tagesordnung stand: Vortrag des Kollegen Hermann Krätzig über den Wert der Organisation. Kollege Krätzig wurde als Bevollmächtigter und Hermann Prasse als Kassierer gewählt. Der Beitrag für männliche Mitglieder betrug 10 Pf., für weibliche 5 Pf. Trotz der kleinen Zahl war der Geist doch gut. Unermüdlich waren die Kollegen in der Agitation tätig. Doch trotz der geringen Beiträge wollte es nicht vorwärts gehen. Am 16. Juli 1896 wurde die Filiale in den ersten Lohnkampf verwickelt. Die Weber und Webereihülfsarbeiter der Firma B. Neugebauer Söhne forderten zehnstündige Arbeitszeit und zehn- bis fünfzehnprozentige Lohnerhöhung. Der Kampf mußte ohne nennenswerten Erfolg beendigt werden. Der Zuzug auswärtiger Streikbrecher war zu groß geworden.

Im Jahre 1896 war die Zahl der organisierten Kollegen auf 280 angewachsen. Bis zum Jahre 1900 waren es 400. Auf der Generalversammlung zu Gößnitz im Jahre 1900 wurde der Beitrag für männliche Mitglieder auf 20 Pf. und für Frauen auf 10 Pf. erhöht; aber auf der Generalversammlung 1902 in Kassel konnte der Delegierte Heinrich Wolf nur noch 360 Mitglieder vertreten. Bis zum Jahre 1904 war die Zahl der Organisierten wieder auf 510 angewachsen. Wiederum stand die Frage der Beitragserhöhung auf der Tagesordnung. Mit Händen und Füßen wehrten sich die schlesischen Delegierten gegen die Beitragserhöhung. Die Erhöhung wurde durchgesetzt und im Jahre 1906 konnten wir schon auf 1240 Mitglieder hinweisen. Die inzwischen erfolgte Einrichtung der Gauverwaltungen hatte sich auf das beste bewährt. 1905 setzte eine intensive Bewegung für Verkürzung der Arbeitszeit und Einführung von Lohntarifen ein. Die Zahl der Organisierten stieg auf über 2000 Mitglieder. Die Arbeiten innerhalb der Verwaltung konnten

---

erledigen kann. Erledigt er sie aber nicht pünktlich, oder, was bei einer so überstürzten Arbeitsweise sehr leicht geschieht, **erledigt er** sie nicht durchaus gut und fehlerfrei, so werden sie ihm zur Verfügung gestellt. Das letztere geschieht schon heute in umfangreichem Maße. So wird aus den Gebieten der Seidenindustrie berichtet, daß die Abnehmer häufig wegen geringer Fehler ganze Kommissionen von Aufträgen annullieren. Der Kaufmann hält eben heute, wo ihm scharfe Verkaufsbedingungen aufgenötigt werden, auch darauf, daß ihm fehlerlose Ware geliefert wird. **Das ist aber dann für die Unternehmer ein Grund mehr, mit ihren Arbeitern schonend zu verfahren und ihren Interessen gerecht zu werden.** Inwieweit sie zu dieser Erkenntnis kommen werden, werden wir ja sehen. Wir tragen uns durchaus mit keinen großen Hoffnungen, sondern erwähnen es nur, um den Herrschaften und ihrer Presse demnächst den Mund stopfen zu können, wenn man uns wieder einmal damit kommen und sagen wollte, wir hätten kein Verständnis für das, was unserer Industrie nottue. Wir glauben, daß in dieser Beziehung jene Klugschnäbel noch um eine ganze Reihe Nasenlängen hinter uns zurückbleiben werden.

Im **allgemeinen** sieht es also zurzeit in unserer Industrie recht **wenig** Vertrauen erweckend aus. Der

Rohstoffmarkt

weist noch immer eine zurückgehende Preistendenz auf. Eine Ausnahme macht nur der

Flachs- und Jutemarkt.

Ob aber bei diesem Rohmaterial auf eine beständigere bezw. sich aufwärtsbewegende Preisbewegung zu rechnen ist, das ist zweifelhaft. Auf dem

Rohbaumwollmarkt

weisen die Preise noch keine Festigkeit auf, sondern gehen immer weiter zurück. Alle Manöver der Spekulanten, die abwärts gehende Bewegung zum Stillstand zu bringen, scheitern, weil allgemein bekannt ist, daß die ganze Baumwollindustrie der Welt von der Krise erfaßt worden ist. Die Terminpreise verloren in New York per Saldo gegen die Vorwoche wie folgt: April und Mai je 28, Juni 36, Juli 31, August 27, Oktober und Dezember je 30 und Januar sowie März je 28 Punkte.

Hierzu sei bemerkt, daß die Termingeschäfte in der Weise ausgeführt werden, daß Kontrakte für in späteren Monaten zu liefernde Baumwolle abgeschlossen werden. Jeder Kontrakt lautet über 100 Ballen von je 500 engl. Pfund. Die Preisunterschiede werden nach Punkten ausgedrückt. Jeder Punkt bedeutet 1/100 Cent pro 1 Pfund oder 5 Dollar für einen Kontrakt. Wenn also, wie oben gesagt, die Terminpreise für im April und Mai zu liefernde Baumwolle 28 Punkte verloren, so heißt das soviel wie 100 Ballen Baumwolle à 500 engl. Pfund sind um 28 × 5 Dollar = 140 Dollar (560 Mark) billiger geworden.

Am Anfang dieses Monats hatte man das Gerücht ausgesprengt, **im Süden der amerikanischen Baumwollpflanzungen sei von China** für mehr denn 2 Millionen Dollar Baumwolle gekauft worden. Die Meldung erwies sich aber als eine Ente und der Erfolg war, daß eine noch größere Entmutigung eintrat.

Die natürliche Folge dieser Zustände auf dem Rohbaumwollmarkt ist die, daß auch die

Baumwollspinnereien

keine Aufträge bekommen. Wohl hat man noch an den alten Aufträgen zu arbeiten, aber die Depression, welche durch ein so lange ausbleibendes Geschäft erzeugt wird, macht sich schon recht ungünstig bemerkbar. Hier ist auch nicht früher auf eine Besserung zu rechnen, wie zum nächsten Herbst. Denn nachdem schon jetzt bekannt ist, daß die neue Anpflanzungsfläche in Baumwolle größer ist wie die vorjährige und daß die Pflanzen sich sehr gut entwickelt haben, werden sich, nach den traurigen Erfahrungen, welche sie in den letzten Jahren durch die Täuschungsmanöver der Spekulanten und Fabrikantenvereinigungen machen mußten, die Kaufleute sehr hüten, Aufträge für größere Unternehmungen zu erteilen, bevor nicht auf dem Rohstoffmarkt vollständige Klarheit herrscht. Bevor aber die Kaufleute den Garnverbrauchern ihre Aufträge erteilt haben, ist an eine Belebung des Geschäfts in den Baumwollspinnereien nicht zu denken. In den

Baumwollwebereien,

und vor allen Dingen in der Branche der Spezialartikel, sieht es in bezug auf die Beschäftigung am windigsten aus. Und wie in der Baumwollindustrie, so ist es auch in der

Wollindustrie.

Die Rohstoffpreise sind hier ganz beträchtlich gesunken, geben aber immer noch keine Gewähr für Beständigkeit, weil sich bei der Londoner Wollauktion die überraschende Tatsache ergab, daß bei einem Angebotsquantum von 203 000 Ballen 80000 Ballen wegen mangelnder Aufnahmefähigkeit für die Maiauktion zurückgestellt werden mußten. Der Kaufmann wartet also ruhig ab, was er um so leichter kann, da das Wetter dem Geschäft wieder nicht günstig war und viel Waren liegen geblieben sind. Dasselbe ist die Ursache für den schlechten Geschäftsgang in der

Seidenindustrie.

Unsicherheit auf dem Rohstoffmarkt und ungünstige Witterungsverhältnisse lassen eine günstigere Geschäftslage hier nicht aufkommen. Die Ostern sind in diesem Jahre spät und gerade mit Rücksicht darauf hatte man auf ein gutes Frühjahrgeschäft gewartet. Aber damit in Seidenwaren ein Geschäft gemacht werden kann, muß die Sonne scheinen. Diese war aber vor Ostern sehr selten einmal einen Tag zu sehen. Nach Ostern wird nun auch nicht erst viel werden mit dem Geschäft. Denn wenn es dann wirklich warm wird, so werden wieder mehr Waschstoffe getragen und es ist von einer Belebung des Sommergeschäfts in Seidenstoffen nicht mehr viel zu hoffen.

In der Chemnitzer

Strumpfwarenbranche

scheinen schon einige lichte Momente eingetreten zu sein. Man spricht davon, daß für den amerikanischen Markt größere Posten Strümpfe in Auftrag gegeben worden seien. Ja man hofft dort sogar, daß der Tiefstand des Marktes schon erreicht sei. Wir sind indessen nicht so optimistisch. Wir täuschen uns nicht gern etwas vor; es ist immer besser, wenn man nur die realen Tatsachen als Stütze der Kombinationen nimmt, weil man dann viel weniger unangenehme Enttäuschungen erlebt. Man wird daher gut tun, den Optimismus von dem erreichten Tiefstande der schlechten Marktlage nicht als bare Münze zu nehmen. In der

sächsischen Trikotbranche

werden zwar verminderte Aufträge gemeldet, aber ein Mangel an Beschäftigung ist deshalb noch nicht eingetreten.

In der

Phantasiewarenbranche

in Apolda und Umgegend ist die Beschäftigung gut, wenn auch Nachbestellungen im einheimischen Markte zu wünschen übrig lassen. Die „Wirkerzeitung" beschwört denn auch angesichts der Geschäftslage die Wirkermeister, die vorgeschriebenen Liefertermine genau einzuhalten, damit eine rechtzeitige Versendung der Ware vorgenommen werden könne. Auch hofft sie, daß sich in dieser Saison nicht wieder ein so fühlbarer Mangel an geeigneten Arbeitskräften geltend mache, wie dies in den Vorjahren der Fall war. An Raschel- und Drehkettenarbeitern scheint bisher kein Mangel zu sein, dagegen herrscht Nachfrage nach geübten Spulerinnen und Hasplerinnen. Strickmaschinenarbeiter wurden schon mehrfach gesucht, ferner auch Garniererinnen und Näherinnen für bessere Konfektionssachen. Daß in dieser Branche die Geschäftslage noch eine gesunde ist, geht auch aus einem Bericht über eine Vorstandssitzung des Verbandes „deutscher Fabrikanten von Phantasie-, Wirk-, Strick- und Webewaren" hervor, welche am 27. März cr. in Berlin stattgefunden hat.

Bei Besprechung der wirtschaftlichen Lage wurde festgestellt, daß, wenn sich die Beschäftigung der Branche auch nicht auf der Höhe des Jahres 1907 bewegt, sie doch das Niveau von 1906 erreicht und zum Teil überschritten hat, und daß nicht der geringste Anlaß vorliegt, irgendwelche Preisreduktionen, namentlich in der Phantasiewarenbranche, eintreten zu lassen.

Eine kleine Besserung wird nun auch aus den Annaberger

Passementeriefabriken

gemeldet. Namentlich für Ornamente ist jetzt rege Nachfrage eingetreten.

Wenn auch erst abzuwarten bleibt, ob wirklich ein nennenswertes Geschäft daraus wird, so ist es aber doch ganz bemerkenswert, daß man gleich mit ziemlich umfangreichen Probeorders her-

nicht mehr im Nebenamt verrichtet werden, und es wurde zur Anstellung eines besoldeten Beamten geschritten.

Das Jahr 1906 brachte den Arbeitern bedeutende Verbesserungen. Durch die Hochkonjunktur begünstigt, gelang es, für die Weber und Webereihülfsarbeiter sowie für die Färber der Firma Christian Dierig einen Lohntarif zu erringen. Des weiteren wurde die zehnstündige Arbeitszeit ohne Kampf errungen. Die Lohnerhöhung betrug 1 Mk. bis 1,30 Mk. pro Person und Woche. Einen weiteren Lohntarif errangen die Arbeiter der Firmen B. Neugebauer Söhne und Postpischil (Weigelsdorf). Auch die Färber und Appreturarbeiter der übrigen Firmen sowie die Spinnereiarbeiter der Firma Fröhlich erzielten Lohnzulagen. Das Jahr 1906 war somit ein Jahr lebhaftester Bewegung. Die Zahl der Organisierten war bis zum Frühjahr auf 3600 angewachsen, so daß ein zweiter Beamter von der Organisation angestellt werden mußte. Frohe Kampfbegeisterung war in den Herzen der schlesischen Eulengebirgsweber erwacht. Mit Sturmesschritten wollte man die Kapitalsveste erobern. Der Kampf der Liehrschen Färber setzte ein. Doch die Sünden der Väter werden an den Kindern heimgesucht. Zu lange haben die schlesischen Arbeiter geschlafen. Die Unternehmer, auf das furchtbarste gereizt durch den Siegeslauf der Arbeiter, verhängten die Aussperrung. Einen solchen Riesenkampf zu führen war die Organisation nicht stark genug. 900 Kollegen kehrten dem Verbande den Rücken. Nur mühsam gelang es, das durch schwere Kämpfe eroberte Bollwerk der Organisation zu schützen. Sehr schnell hatte die Arbeiterschaft vergessen, daß alle Verbesserungen im Arbeitsverhältnis nur durch die Organisation errungen werden konnten. Doch schon stellen sich die Folgen dieser verkehrten Handlungsweise ein. Die Hochkonjunktur ist vorüber und mit erschreckender Deutlichkeit ist die Krise hereingebrochen. Von allen Ecken und Kanten Schlesiens kommen Nachrichten über Lohnreduktionen. Die von der Organisation losgelösten Arbeiter sind nicht imstande, diesen Schlag parieren zu können. Aus Mangel an Organisation müssen sich die Arbeiter der Firma Rosenthal-Schweidnitz eine 15prozentige Lohnreduktion gefallen lassen, desgleichen die Arbeiter der Firma Postpischil-Weigelsdorf eine solche von 20 Proz. Alle Errungenschaften der Hochkonjunktur sind in Gefahr.

Die Kämpfe mit dem Unternehmertum nehmen andere Formen an. Die Zeit der kleinen Kämpfe mit einzelnen Unternehmern ist vorbei. Jetzt gilt es, die Organisation so auszubauen, daß Riesenkämpfe geführt werden können. Aber dazu gehört Geld, Geld und nochmals Geld. Die im Mai dieses Jahres stattfindende Generalversammlung hat die hohe Aufgabe, unsere Organisation so auszubauen, daß derartige Kämpfe geführt werden können. Für jeden Kollegen, der es ehrlich meint, ist es heilige Pflicht, mitzuarbeiten, daß dieses Ziel erreicht werden kann. Betrachten wir uns die Entwickelungsgeschichte unseres Verbandes. In kurzen Zügen ist hier die Entwickelung der Langenbielauer Filiale gezeichnet. Trotz niedriger Beiträge keine Mitglieder, trotz intensiver Agitation keine Fortschritte. Nach 1904 erhöhte Beiträge, Ausbau des Unterstützungswesens und — ein Steigen der Mitgliederzahl. Mit denselben Argumenten wie heute haben die schlesischen Kollegen 1904 gearbeitet. Die Entwickelung unseres Verbandes hat die Kollegen Lügen gestraft. Die Organisation ist nicht zugrunde gegangen, sondern sie hat einen mächtigen Aufschwung genommen. Wie man sich gegen die Krankenunterstützung gewehrt hat, so wehrt man sich heute gegen die Arbeitslosenunterstützung. Wie wenig die Langenbielauer Kollegen Ursache haben, sich dagegen zu verwahren, beweist die Tatsache, daß schon in den 90er Jahren die Frage der Arbeitslosenunterstützung sehr eifrig besprochen worden ist. Nach dem Kampfe der Neugebauerschen Arbeiter wurde eine Kommission beauftragt, ein Regulativ für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung auszuarbeiten. Auf der Konferenz der schlesischen Textilarbeiter, welche im Jahre 1903 in Langenbielau stattfand, konnte der Langenbielauer Kollege ausführen, daß wir eine weitgehendere Kranken-, Reise- und insbesondere Arbeitslosenunterstützung brauchen. Wenn nun heute unsere Kollegen behaupten, dadurch gehe der Kampfcharakter der Organisation verloren, so sind sie ohne Zweifel im Unrecht. Wollen die Kollegen vielleicht auch behaupten, daß die 42 Gewerkschaftsorganisationen, welche die Arbeitslosenunterstützung bereits eingeführt haben, keine Kampfesorganisationen mehr seien? Für die Organisation der Textilarbeiter besteht heute die Gefahr, daß die Mitglieder in andere Organisationen laufen, weil dort diese Unterstützungsformen bestehen. Nun noch ein paar Worte über die Beitragserhöhung. Wer in den Versammlungen die Sprecher gegen die Beitragserhöhung näher ins Auge faßt, findet immer, daß es Kollegen sind, welche einen höheren Beitrag sehr wohl zahlen könnten. Wieviel Millionen werden doch an verschiedene Privatversicherungen eingezahlt. Mit demselben Gelde werden kapitalistische Geschäfte gemacht, werden wieder die Arbeiter ausgebeutet. Diese Versicherungsgesellschaften sind ja der Beweis, daß der Arbeiter das Bestreben hat, sich zu versichern. Wenn nun unsere schlesischen Kollegen meinen, daß ein höherer Beitrag nicht gezahlt werden könne, so werden sie sehr bald durch das Unternehmertum eines Besseren belehrt werden. Wer von seiten der Kollegen glaubt, daß er nicht 10 Pf. mehr Beitrag aufbringen kann, wird sich sehr bald eine Lohnreduktion von 1—2 Mk. pro Woche gefallen lassen müssen. Darum Kollegen, weg mit der Agitation gegen die Beitragserhöhung, setze jeder seine ganze Kraft ein, damit die Organisation nicht rückwärts, sondern vorwärts marschieren kann.

Zu der vorstehenden Angelegenheit wird uns noch von anderer Seite das Nachfolgende mitgeteilt: Für die gewerkschaftlichen Organisationen und speziell für unseren Verband, ist es nicht ohne Interesse zu sehen, wie sich die Angestellten der Konsum-Genossenschaften den Fragen der Gewerkschaften gegenüber verhalten, welche, wie die Beitragserhöhung und die Erwerbslosenunterstützung in unserer Organisation geradezu zu einer Lebensfrage geworden sind. Man sucht die Gewerkschaften stets mit Vorliebe vor den Wagen der Genossenschaften zu spannen und wir haben auch nichts dagegen, wenn das geschieht. Wenn das aber geschieht, so können wohl die Gewerkschaften verlangen, daß ihnen die Angestellten der Konsum-Genossenschaften bei der Lösung solcher Fragen, wie sie gegenwärtig in unserem Verbande zu lösen sind, keine unnötigen Schwierigkeiten bereiten. Das letztere ist aber seitens einiger Angestellten der Konsum-Genossenschaft in Langenbielau der Fall. Gerade einige dieser Leute sind es, welche wegen der Beitragserhöhung den meisten Staub aufwirbeln. Aber gerade diese Leute, die nicht mehr im Arbeitsverhältnis der Unternehmer in der Textilindustrie stehen, die in einem Arbeitsverhältnis stehen, in dem sie den Gefahren nicht mehr ausgesetzt sind, denen die Arbeiter mit ihrer Existenz ausgesetzt sind, sollten es doch den letzteren nicht unmöglich machen oder bis zur Unmöglichkeit erschweren, sich Wege und Waffen zu suchen, mit denen es ihnen besser wie bisher möglich werden wird, den notwendigen Schutz ihrer Existenz herbeizuführen." Im weiteren Verlauf des Schreibens wird dann die Frage aufgeworfen: ob man denn zu diesem Zwecke die Leute in unabhängige Stellen gebracht habe, daß sie nun, nachdem sie glauben die Organisation nicht mehr nötig zu haben, ein Verhalten an den Tag legen, durch welches die gesamte Organisation des dortigen Industriebezirks sehr schwer geschädigt wird? Nun, wir wollen uns dazu nicht äußern, da wir die näheren Details nicht kennen. Im übrigen aber halten wir diese Zuschrift für sehr beachtenswert und bitten auch unsere Kollegen, die Genossenschaftler sind, sie einer eingehenden Beachtung zu würdigen.

Gaukonferenz des Gaues Chemnitz (Erzgebirge).

M. Buchholz, 12. April.

Hier oben, im sächsischen Erzgebirge, wo es jahrelanger Agitationsarbeit bedurfte, um die ersten Anfänge für die gewerkschaftliche Bewegung zu begründen, hier oben, wo bis in die jüngste Zeit hinein ein Kampf gegen behördliche Maßnahmen notwendig war, hier oben, wo Unternehmerwillkür der Arbeiterschaft Hindernisse in den Weg legt, die die Organisationsarbeit ungemein erschwert, hier oben also tagte die Konferenz. Es ist die erste größere Veranstaltung einer Gewerkschaft im oberen Erzgebirge.

Der Konferenz war am Sonnabend eine mehrstündige Vorbesprechung vorausgegangen, in der die Vorarbeiten für die Konferenz erledigt wurden.

Die Konferenz wurde in dem schönen Saal des Hotels „Deutscher Kaiser" abgehalten, den die Buchholzer Kollegen in sinniger Weise mit Tannen und Emblemen geschmückt hatten.

Der Eröffnung der Konferenz vorausgeschickt wurde vom Arbeitergesangverein „Lyra" als Willkommengruß das „Bundeslied."

Kollege Hermann-Buchholz eröffnete sodann die Konferenz mit dem Hinweise, daß es kein historischer Boden sei, wo die Konferenz diesmal tage; erst langsam habe sich der gewerkschaftliche Gedanke Bahn gebrochen, als Lohndrücker seien die Erzgebirgler bis in die jüngste Zeit hinein vom Unternehmertum benutzt worden. Das werde anders werden mit dem Fortschreiten der Organisation. Dazu solle auch die Tagung der Konferenz beitragen, deren Beratungen er guten Erfolg wünsche.

Nach Erledigung der notwendigen Formalitäten wurden die Beratungen aufgenommen. Die Leitung wurde dem Gauvorstande übertragen. Gauleiter Kollege Reichelt-Chemnitz übernahm nun den Vorsitz; er schloß an die Worte Hermanns an und bemerkte weiter, daß gerade im Erzgebirge in den letzten zwei Jahren für die Organisation gute Fortschritte gemacht wurden; die Organisation weiter zu festigen und auszubreiten, soll Sache der nächsten Zeit sein.

Nachstehende Tagesordnung wurde angenommen, nachdem die Mandatsprüfungskommission gewählt und als Geschäftsordnung die im Verbande gebrachte angenommen war.

1. Geschäfts- und Kassenbericht des Gauleiters, Gauvorstandes und Gaukassierers.
2. Stellungnahme zur Verbands-Generalversammlung in Leipzig.
3. Die Arbeitslosenunterstützung (Referent: Kollege Wilhelm Rössel-Berlin).
4. Anträge des Gauvorstandes und der Mitgliedschaften.
5. Wahl des Gauleiters und des Gauortes.
6. Gewerkschaftliches.
7. Diskussion zu jedem Punkte der Tagesordnung

Zunächst erstattete der Gauleiter den Geschäftsbericht. Reichelt kennzeichnete zunächst die veränderte Organisationsform, die seit dem 1. Oktober 1906 eingeführt und durch die Sachsen in drei Gaue eingeteilt wurde. Bis Ende 1907 stieg die Mitgliederzahl von 11 022 auf 17 677. Dann ging er besonders auf die in die Berichtszeit fallenden Lohnbewegungen ein. Den Tüllarbeiterstreik in Chemnitz bezeichnete er als ein warnendes Beispiel. Besonders hob er noch hervor die Wirkerbewegung und den nun bereits 16 Wochen währenden Kampf der Gornsdorfer Kollegenschaft, bei der sich bis heute noch keine Abtrünnigen gefunden haben. Er versicherte, daß der Verband mit seinen reichen Mitteln hinter der wacker kämpfenden Schar stehe und diese nicht nötig haben, vor den Unternehmern zu kapitulieren. Dann beleuchtete er die finanziellen Leistungen des Gaues bezw. Verbandes. Es wurden z. B. in der Berichtszeit ausgezahlt: Krankenunterstützung 21 194,53 Mk., Sterbeunterstützung (die erst seit Anfang Januar 1907 gezahlt wird) 889 Mk., Reiseunterstützung 1891,47 Mk., Umzugsunterstützung 205 Mk., Streikunterstützung 11 698,50 Mk., Gemaßregeltenunterstützung 4 376,05 Mk. Damit führte er besonders die von Unternehmerseite in die Welt gesetzten Verleumdungen gründlich ab, daß 75 Proz. der geleisteten Beiträge der Mitglieder in den Taschen der Funktionäre verblieben. Lug und Trug, zum Zwecke der Mißkreditierung des Verbandes ausgestreut! So stellen sich die unternehmerseitlichen Verdächtigungen dar. Zum Kassenbericht, der gleich dem Geschäftsbericht gedruckt vorlag, machte der Kassierer, Kollege König, einige ergänzende Bemerkungen; u. a. verwies er darauf, daß die Gaubeiträge in Bälde wegfallen würden. Das wurde freudig begrüßt. Kollege Florschütz trug dem Geschäftsbericht noch einiges wichtige nach und die Kollegin Wagner beantragte Entlastung für den Kassierer. Die Diskussion war eine äußerst rege. Als Vertreter des Zentralvorstandes überbrachte dessen Mitglied Wilhelm Rössel-Berlin die Grüße an die Konferenz. Er erkannte an, daß im Gau und vom Gauleiter gut gearbeitet und schöne Erfolge dadurch herbeigeführt worden seien. Den Nutzen der Organisation beleuchtete Rössel mit einigen Zahlen. So habe der Verband in der letzten Zeit für 90 697 Beteiligte eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung von 296 293 Stunden oder pro Kopf 3 Stunden 16 Minuten, und für 191 513 Beteiligte eine Lohnerhöhung von 141 206 Mk. pro Woche herbeigeführt. Das sind sprechende Zahlen! Betreffs der von der Gauleitung als unbedingt nötig beanspruchten Hülfskraft konnte Rössel die Mitteilung machen, daß der Zentralvorstand, der die bisher im Gau geleistete Arbeit und die erzielten Erfolge würdige, sich von der Notwendigkeit überzeugen lassen und für deren Beschaffung besorgt sein werde. Zum Schluß seiner Ausführungen rühmte er den guten Geist und die Disziplin der Erzgebirgler und forderte sie auf, so weiter zu arbeiten, dann würden weitere Erfolge die Organisationsarbeit krönen. Nachdem noch eine Anzahl Kollegen gesprochen, machte ein Schlußantrag der Diskussion ein Ende. Die beantragte Entlastung des Kassierers wurde erteilt und dann in eine kurze Mittagspause eingetreten.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlung erstattete die Mandatsprüfungskommission ihren Bericht. Außer den 63 Delegierten, die 44 Orte vertraten, waren Mitglieder des Gauvorstandes, der Gauleiter und als Vertreter des Zentralvorstandes Kollege Rössel-Berlin anwesend. Sämtliche Mandate wurden anerkannt.

Zu Beginn der Beratung des 2. Tagesordnungspunktes erstattete Kollege Rössel seinen Vortrag über die Arbeitslosenunterstützung in vorzüglich orientierender Weise. Er verwies eingangs seiner Ausführungen darauf, daß seit 10 Jahren die Kollegenschaft sich mit der Frage beschäftigt habe, daß der Zentralvorstand früher die Agitation für die Einführung dieses Unterstützungszweiges nicht mit so großem Nachdruck betrieben habe, als er das gegenwärtig getan und noch tut. Die Verhältnisse sind eben der Einführung günstiger geworden, die Kollegenschaft habe sich nun an höhere Beiträge gewöhnt, ohne deren Erhöhung die Einführung nicht möglich sei. Jetzt seien die redebefähigten Mitglieder

---

vorgetreten ist und auf in aller Eile hergestellte Muster sofort bestellt hat.

Die

Stickereiindustrie

des Vogtlandes stagniert noch immer in denselben ungünstigen Verhältnissen dahin, wie bisher. Von den Fabrikanten wird geklagt, daß sich Lohnsticker durch den Mangel an anderen Aufträgen dazu verleiten lassen, für Ramschgeschäfte zu arbeiten, weil dadurch die Preise immer weiter heruntergebracht und dadurch die Möglichkeit beseitigt werde, in flauen Zeiten auf Preis zu halten und den Lohnstickern auskömmliche Löhne zu zahlen. Da die Fabrikanten hier die Schuld an dem Tiefstand der Stücklöhne den Arbeitern in die Schuhe schieben, so dürfte es angebracht, ja sogar notwendig sein, daß unsere dortige Organisation einmal zu der Sache Stellung nimmt. Die Argumente der Fabrikanten sind, wenn sie auf Wahrheit beruhen, und daran ist wohl in diesem Falle nicht zu zweifeln, derart durchschlagend, daß die Arbeiter nicht achtlos an ihnen vorübergehen können.

In den

Färbereien und Appreturen

hat naturgemäß die Beschäftigung auch nachgelassen. Denn wenn in den garnverarbeitenden Branchen der Betrieb ganz wesentlich eingeschränkt wird, so werden davon die Strangfärbereien wie die Stückfärbereien in Mitleidenschaft gezogen.

Die

Imitat- (Vigogne-) Spinnereien

haben nun die Produktion um ⅙ eingeschränkt. Die erhoffte Wirkung, nämlich, daß nunmehr sofort eine lebhafte Nachfrage nach Gespinsten eintreten würde, ist aber bis jetzt ausgeblieben.

Es ergibt sich eben daraus, wie aus allen anderen Begleiterscheinungen der gegenwärtigen Krise, daß die Ueberproduktion in fast allen Branchen weit umfangreicher ist, als wie man am Anfang glauben machen wollte. Wir haben ja von Anfang an nicht an diese Täuschungsmanöver geglaubt. Diese Manöver wurden ja auch nur ausgeführt, um nicht die Katastrophe noch plötzlicher und verheerender einsetzen zu lassen. Die Verluste in den zahlreichen Konkursen, in der mit unserer Industrie engverbundenen Konfektionsindustrie usw. sind ohnehin enorm. Da nun aber noch nicht abzusehen ist, wie und wo die Geschäftsstockung einen Durchbruch nehmen wird, um den kranken Wirtschaftskörper einer Genesung entgegen zu führen, so gilt es für die Textilarbeiter, jetzt ganz besonders wachsam zu sein und für eine wirkungsvolle Organisation zu sorgen. Jede Schwäche der Organisation würde sich jetzt für die Arbeiter sehr nachteilig erweisen. Man weise also alle Angstmeier, die jetzt während der Periode der Beitragserhöhung zum Flaumachen und zur Fahnenflucht blasen, mit größter Entschiedenheit in die Schranken.

Wirtschaftliche Rundschau.

Neue Reichs- und Staatsanleihen und der Geldmarkt, die Rückkehr zum 4proz. Typ. — Baugewerbekrisis und andere Industrien. — Eisengewerbe. — Rückwirkungen der amerikanischen Stockung. — Textilindustrien.

Kaum ist das Angebot von Leihkapital relativ wieder etwas reichlicher und günstiger geworden, so nehmen das Reich und Preußen entschlossen den Pumpschwengel in die Hand, um von der größeren „Flüssigkeit" soviel wie möglich für sich zu profitieren. Es sind zusammen nicht weniger wie 850 Millionen Mark, mit denen man auf diese Weise den übrigen Leihkapitalsbegehrenden Konkurrenz macht, und man kann selbst in der gutgesinnten bürgerlichen Presse manches bittere Wort über diese „Störung des wirtschaftlichen Gesundungsprozesses" hören. Denn schon im Januar dieses Jahres, nach der allerersten Beruhigung des Geldmarktes und der großen Finanzmächte, drängte sich Preußen mit seiner Auflegung von 181 Millionen Mark Konsols sofort an die spärlich sich wieder füllende Krippe und stieß eine ganze Reihe anderer dringend Hülfebedürftiger damit zurück. Ein Begehr von über einer Milliarde im Laufe eines Quartals! Die jetzigen 850 Millionen Mark gliedern sich in folgende Teile: 250 Millionen 4 proz. Reichsanleihe, 400 Millionen 4 proz. preußische Konsols, beide unkündbar und unkonvertierbar*) bis 1918, am 11. April zu 99½ Proz. aufzulegen — dazu 200 Millionen 4 proz. preußische Schatzanweisungen, mit Lauffrist bis zum 1. April 1913, ohne öffentliche Auflegung, das heißt: im wesentlichen den großen Banken als bequeme Anlage- und Uebertragungswerte vorbehalten.

Wir haben schon öfter darauf hingewiesen, wie unsere kapitalistische Geschäftswelt selber sich gegen diese heillose Mißwirtschaft auflehnen möchte, wenn sie nur wüßte, wie sich eine gründliche Finanzreform erzielen ließe, die die Reichs- und Staatsbedarfe mehr aus dauernd fließenden, ordentlichen Einnahmen deckt, die also die ruckweisen, verwirrenden Eingriffe in den sowieso schon übermäßig angespannten Leihkapitalsmarkt nach Möglichkeit vermeidet. Da man keine Reform auf der Seite der Ausgaben will, so muß man die notwendige Aenderung auf der Seite der Einnahmen zu schaffen suchen. Doch das Wollen ist hier einfacher wie das Können.

Doch zu einer anderen Betrachtung gibt die Wahl des Zinsfußes Anlaß. Bis zum Anfang der neunziger Jahre zeigte bekanntlich der Leihkapitalszins international eine Tendenz zum Sinken. Oder in der umgekehrten Widerspiegelung ausgedrückt: die fest verzinslichen Staatspapiere erfuhren, weil ihr Zinsertrag immer mehr über den abwärtsgleitenden allgemeinen Normalzinssatz emporrückte, eine immer höhere Kursschätzung. Wir hatten im Reiche ursprünglich 4 proz. Anleihen und diese standen 1877 noch unter 96, hoben sich jedoch, da die gewöhnlichen Anlageverzinsungen auf anderen Gebieten fielen, in der Bewertung allmählich auf über 100 am Anfang der achtziger Jahre und dann sogar, an der Wende der achtziger und neunziger Jahre, auf 106 bis 108 im Jahresdurchschnitt. Seit der Mitte der achtziger Jahre kam deshalb das Reich mit 3½ proz. Anleihen heraus, seit dem Anfang der neunziger Jahre sogar mit 3 proz. Schuldverschreibungen, da unterdes auch die 3½proz. Papiere bis über 103 und 104 im Kurse hinaufgegangen waren. Seitdem hat der bis zum vorigen Herbst fast dauernde Geschäftsaufschwung wieder eine relative Knappheit des Leihkapitals erzeugt und alle Welt an eine steigend höhere Verzinsung gewöhnt. Entweder blieb nunmehr das Reich bei seinen 3½ oder 3 Proz. — dann schuf sich das Leihkapital den Ausgleich durch die um so niedrigere Kursbewertung: die 3½ proz. Titres standen schon 1900, auf dem Gipfel der damaligen Hochkonjunktur, im Durchschnitt noch nicht 96, sie standen in den letzten Tagen knapp 92, 3 proz. Titres standen 1900 unter 87, und in den letzten Tagen knapp 82. So blieb denn kaum etwas anderes übrig wie das allgemein höhere Zinsniveau staatlicherseits gleichfalls anzuerkennen und selber wieder zum älteren Anleihetypus zurückzukehren. Noch die preußische Januaranleihe ließ wenigstens einige Zukunftshoffnungen durchschimmern; sie gestand zwar auf zehn Jahre eine 4 proz. Verzinsung zu, setzte dann aber 3¾ Proz. und nach weiteren 5 Jahren 3½ Prozent Zins fest. Auch darauf hat man nunmehr verzichten müssen; es werden glatt 4 Proz. eingeräumt bis 1918; alles Weitere bleibt der Zukunft vorbehalten. Der Zeichnungskurs ist, wie erwähnt, auf 99½ Proz. festgestellt.

Die Gefahr eines großen Riesenkampfes im Baugewerbe verzieht sich allmählich. Es tritt dabei immer deutlicher zutage, daß auch für das Unternehmertum triftige Gründe vorlagen, den Bogen nicht zu überspannen. Einmal hatte man in den eigenen Reihen genug Elemente zu fürchten, die die beginnende Periode der leichteren Geldbeschaffung und der billigeren Materialien lieber zum Bauen wie zum Aussperren auszunutzen gedachten, auf die also im Notfalle sehr wenig Verlaß blieb. Ferner meldeten sich von außen her sehr unbequeme Mahner — die eine reaktionäre Masse ist nun einmal fast immer in sehr verschiedene Interessenschichten geteilt. Es ist sicherlich kein Zufall, daß in den letzten Wochen aus den großen Lieferindustrien der Baugewerbe heraus recht deutlich und vernehmlich die Stimmen ertönten: die Eisenindustrien, der Holzhandel, die Zement-, Mörtel- und Steinlieferanten hätten jetzt das denkbar größte Interesse, ihre Absatzverlegenheiten nicht zu einer Katastrophe auswachsen zu sehen; ganz naturgemäß schlossen sich daran eine Menge ähnlicher Stimmen aus den Kreisen der Kreditgeber und Banken an, ja sogar aus den Kreisen der großen Konsumtionsgewerbe, der Brauereien, der Warenhäuser. Trotz des äußerlich zur Schau getragenen Mutes und Gleichmutes hätte allen diesen Kreisen ein Riesenkampf wie ein Alp auf dem Herzen gelegen.

Gerade die Eisengewerbe, sonst ein Hauptsitz des Scharfmachertums, fühlten ihre Bedrängnis in steigendem Maße. „Am rheinisch-

*) Konvertierung: Umwandlung einer Schuld in eine andere mit geringerem Zinsfuß.

des Zentralvorstandes und der Redaktion auf Reisen, um den 130 000 Mitgliedern die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung beizubringen. Redner schilderte dann in überzeugender Weise die verschiedenen Vorteile, die die Einführung der Unterstützung mit sich bringen werde. Besonders werde die Fluktuation, dieser große und die Organisation schädigende Mißstand zurückgedrängt werden. Redner prüfte auch die Einwände der Gegner der Arbeitslosenunterstützung und beleuchtete besonders den, der besagt, der Kampfcharakter der Organisation leide unter der Einführung der Unterstützung. Da müsse doch der Standpunkt eingenommen werden, daß alles, was seitens der Organisation geschehe, Kampfzweck habe. Wenn in schwerer Zeit der Verband der Kollegenschaft beistehe, so stärke dies doch den Kampfcharakter, es könne von seiner Schwächung keine Rede sein. Am 1. Juli — wenn der im Mai in Leipzig stattfindende Verbandstag die Vorlage annehme — soll die Unterstützung eingeführt werden. An der Hand reichhaltigen statistischen Materials machte Redner nähere Mitteilungen über die Art und Dauer der Unterstützung und zeigte an Beispielen aus der Erfahrung anderer Gewerkschaften mit der Arbeitslosenunterstützung, daß diese nur günstig waren. Schließlich bat er dafür zu arbeiten, daß eine glatte Annahme der Vorlage auf dem Verbandstage ermöglicht werde. Alles für und durch die Organisation! Damit schloß Rössel seine Ausführungen, denen reicher Beifall folgte. In der sich anschließenden Diskussion kamen Freunde und Gegner der Arbeitslosenunterstützung zum Worte. Durch einen Schlußantrag wurde die Diskussion abgebrochen. In seinem Schlußworte wies Rössel ganz entschieden die Einwände der zu Worte gekommenen Gegner zurück, besonders aber die der Mittweidaer Delegation, deren Redner davon sprach, daß bei erneuter Beitragserhöhung Gefahr bestehe, daß die „Gelben" Zuwachs aus den Reihen des Textilarbeiterverbandes zu erwarten hätten. Auch die Entgleisung eines Buchholzer Kollegen, der die in Aussicht genommenen Unterstützungssätze als unanständig bezeichnet hatte, legte er (moralisch) übers Knie. Er machte hierauf eine Rechnung auf, die recht deutlich zeigte, welchen Rückhalt in allen Lagen der Verband seinen Mitgliedern bietet. Mit lautem Beifall quittierte das Gros der Konferenz. Hierauf wurde die folgende Resolution gegen sechs Stimmen angenommen.

„Die am 12. April in Buchholz im Erzgebirge tagende Gaukonferenz des Gaues Chemnitz-Erzgebirge erklärt sich mit den Ausführungen des Vertreters vom Zentralvorstand, Kollegen Wilhelm Rössel, betreffs Einführung der Arbeitslosenunterstützung, verbunden mit 10 Pf. Beitragserhöhung pro Mitglied und Woche, einverstanden. Sie erblickt darin ein weiteres notwendiges Kampfesmittel zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Textilarbeiter. Des weiteren wird dieselbe auch zur Befestigung und zum Ausbau der Organisation dienen. Die Konferenz ersucht deshalb die Generalversammlung, die Einführung der Arbeitslosenunterstützung zu beschließen und im Sinne der Vorlage des Zentralvorstandes anzunehmen."

Zum nächsten Beratungspunkte fand der Antrag der Gauleitung einmütige Annahme, der die Anstellung einer Hülfskraft für den Gauleiter verlangt. Ein weiterer Antrag der wünscht, daß dem Statut ein Anhang über Schiedsgerichte angehängt werde, wurde ebenfalls angenommen. Desgleichen der Antrag, bei der Generalversammlung zu beantragen, daß die Verbandstage zu Ostern oder zu Pfingsten tagen sollen. Einige Anträge deckten sich mit solchen, die von anderen Orten bereits an die Generalversammlung gestellt sind, sich somit also erledigten.

Als Gauleiter wurde der bisherige Kollege Reichelt einstimmig wiedergewählt, auch wurde Chemnitz als Gauort wiedergewählt. Im letzten Beratungspunkte wurde nachdrücklichst von der Leipziger Delegation darauf hingewiesen, daß die Kollegen in allen Orten darauf hinwirken sollen, daß aus den Ortskassenbeständen die Gornsdorfer Kämpfer kräftig unterstützt werden. Das wurde sehr beifällig aufgenommen. Die Konferenz sprach den Gornsdorfer Kollegen ihre volle Sympathie aus und sicherte ihnen auch moralische Unterstützung zu. Hierzu bemerkte der Vorsitzende noch, daß die volle Unterstützung des Verbandes den Kämpfern gesichert sei. Einen Antrag aus der Mitte der Versammlung, dem Kollegen Reichelt im Hinblick auf seine kürzliche Verurteilung das Vertrauen auszusprechen, folgte eine Besprechung des Urteils durch Kollegen Rössel, der Parallelen zog zwischen Urteilen, die gegen Proletarier und solche gegen Leute der besitzenden Klassen und „Edelsten der Nation" gefällt wurden. Rössel hob hervor, was Reichelt getan im Interesse der Arbeiterschaft, wie er auch die Strafen sich in diesem Kampfe zugezogen hat und empfahl folgende Resolution zur Annahme: „Die am 12. April 1908 im Saale des „Deutschen Kaiser" in Buchholz tagende Konferenz des Gaues Chemnitz-Erzgebirge spricht ihr Entsetzen aus über das furchtbare Urteil des Chemnitzer Schöffengerichts gegen den Kollegen Reichelt. Entgegen der Begründung des Urteils versprechen die Versammelten, die Gefolgschaft ihrem Führer Reichelt nicht nur treu zu bewahren, sondern diese Gefolgschaft nach besten Kräften zu mehren. Trotz der Verurteilung zu 5½ Monaten Gefängnis erscheint der Kollege Reichelt den Versammelten seiner Verdienste um der Arbeiterschaft willen um so mehr achtungswert." Allgemein beifällig wurden diese Ausführungen Rössels aufgenommen und begeistert stimmte die Konferenz der Resolution zu. Reichelt dankte für diese Vertrauenskundgebung, versprach, daß er auch in Zukunft seine Pflicht erfüllen werde. Dann schloß er mit einem zu fernerer Agitations- und Organisationsarbeit anfeuernden Schlußwort die Konferenz. Die Sänger brachten den scheidenden Delegierten zum Abschied einen Sängergruß dar.

Aus der Bewegung in der Textilindustrie.

Deutsches Reich.

(Wochenbericht.)

Die Bewegung im Erzgebirge (Wirker) nimmt ihren ungestörten Fortgang. Allem Anschein nach wird sie aber sobald noch nicht zu Ende geführt werden, denn es ist auf beiden Seiten keine Geneigtheit zum Nachgeben vorhanden. Wenn aber die Unternehmer glauben sollten, die Arbeiter schließlich doch noch unterkriegen zu können, dürften sie arge Enttäuschungen erleben; noch nie hat eine Arbeiterschaft fester im Kampfe gestanden als die Wirker im Erzgebirge. Und der Zentralvorstand ist fest entschlossen, die Bewegung mit allem ihm zu Gebote stehenden Nachdruck durchzuführen, es möge kosten was es wolle, und wenn der Kampf auch ein ganzes Jahr hindurch geführt werden müßte.

Die Bewegung der Handdrucker in Penig bei A. Glaser Nachf. ist in eine Aussperrung ausgeartet. Lediglich aus Versehen ist darüber in voriger Nummer nicht berichtet worden. Es wurden einigen Arbeitern Zumutungen gestellt, denen sie nicht nachgeben zu können glaubten. Da die übrigen Arbeiter sich mit ihren Kollegen solidarisch erklärten, wurden alle entlassen, also ausgesperrt. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Der Streik der Seidenweber in Landeshut kann als beendet angesehen werden. Die in den Betrieb nicht wieder Aufgenommenen hat man anderweitig unterzubringen versucht; hoffentlich mit Erfolg.

In der Sächsischen Spitzenweberei in Plauen waren zwischen den Webern und der Direktion Differenzen wegen verschiedener Mißstände entstanden. Im Laufe voriger Woche fand deswegen eine Verhandlung statt, welche durch beiderseitige Zugeständnisse zu einer für die Weber vorteilhaften Einigung führte. Da der Vertreter der Organisation an derselben teilnahm und gegen das Abkommen nichts einzuwenden war, gelten die Differenzen als beseitigt und wird die Sperre aufgehoben.

Bei der Firma Netter u. Eisig, Buchbinderkalikofabrik in Göppingen, wurden einige Kollegen gemaßregelt, weil dieselben für die Rechte des Verbandes eintraten. Die Arbeiter werden ersucht, jeden Zuzug fernzuhalten, bis die Differenzen beigelegt sind und di Kollegen wieder Arbeit haben.

Filiale Göppingen. Ludwig Keppeler, Geschäftsführer.

Ausland.

Oesterreich. In der Spinnerei der Brüder Perutz in Warnsdorf sind infolge der fast unerträglichen Zustände Differenzen ausgebrochen. Da vermutet wird, daß die Firma Maßregelungen vornehmen und auch aus Deutschland Spinnereiarbeiter heranziehen könnte, so wird ersucht, Zuzug fernzuhalten, bis die Verhältnisse bei dieser Firma geregelt sind. — Der Streik bei der Firma Jos. Pivonka in Mainburg dauert ungeschwächt fort. Die Aussperrung bei derselben Firma in Neubruck dauert gleichfalls fort. — Bei der Firma Lederer u. Wolf in Tannwald bestehen Lohndifferenzen. — Die Aussperrung der Seidenfärber in Wien-Stadlau nimmt ihren Fortgang.

Dänemark. Die Webereiarbeitervereinigung, deren Sitz Kopenhagen ist, hat am 17. März d. J. ihr 35jähriges Bestehen feiern können. Im „Fachblatt" war aus diesem Anlaß das Bildnis des Gründers der genannten Vereinigung, N. Jensens, zum Abdruck gelangt.

Norwegen. Bei der großen Firma Halvor Schou, Hjula Väveri (Weberei), in Hjula, dicht bei Kristiania, haben sämtliche Arbeiter, Männer wie Frauen, insgesamt zirka 500, am 4. April mit 14tägiger Frist gekündigt. Sie forderten Lohnerhöhungen, welche der Fabrik etwa 75 000 Kronen jährlicher Mehrausgaben verursachen würden, und wurden damit abgewiesen. Der Streit ist in die Hand des Arbeitgebervereins gelegt. — Auch bei einer anderen größeren norwegischen Textilfabrik haben die Arbeiter gekündigt.

Aus der Arbeiterbewegung im allgemeinen.

Deutsches Reich.

Im Holzgewerbe ist noch immer nicht Ruhe. In einer Versammlung der Bautischler Posens kam es zu stürmischen Debatten, weil es der Lohnkommission nicht gelungen war, die verlangte Lohnerhöhung von 33 auf 36 Pfg. pro Stunde durchzusetzen. Nach der Versicherung des Vortragenden sind zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen während der gemeinsamen Verhandlungen der Arbeitnehmer aus 23 Orten, in welchen die bestehenden Tarifverträge abgelaufen waren, die menschenmöglichsten Anstrengungen gemacht worden, die indessen an dem einmütigen Verhalten der jetzt fest organisierten Arbeitgeber gescheitert sind. Der Mindestlohn wurde für die dreijährige, bis 24. Februar 1911 dauernde Vertragsperiode im ersten Jahr auf 34, im zweiten Jahre während des ersten Halbjahres auf 35, während des zweiten Halbjahres auf 36 Pfg. und im Jahre 1910 auf 37 Pfg. festgesetzt. In Werkstätten, in denen höhere Akkordlöhne erzielt werden, soll der Durchschnittsverdienst der letzten drei Monate der Stundenlohnberechnung zugrunde gelegt werden. Bei den Akkord- bezw. Stücklöhnen wurden bei etwa zehn Positionen höhere Löhne erzielt. An Verkürzung der Arbeitszeit wurden wöchentlich 1 bezw. 2 Stunden zugestanden. — An die Ausführung des Referenten knüpften sich längere und erregte Auseinandersetzungen, die oft genug das persönliche Gebiet streiften. Schließlich wurde in schriftlicher Abstimmung der neue Lohn- und Arbeitsvertrag mit 58 gegen 28 Stimmen angenommen.

Die Generalversammlung der Arbeitgeber in Frankfurt a. M. lehnte die Annahme des am 6. d. M. in Leipzig gefällten Schiedsspruches einstimmig ab. Eine demnächst einzuberufende Generalversammlung soll unter Zuziehung des Arbeitgeberschutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe die weiteren Schritte beraten.

Die Kölner Schuhmacher erzielten durch Streik Lohnerhöhungen auf Herrenböden in allen Klassen 50 Pfg., auf Damenböden 70 Pfg. bis 1 Mk., auf Schaftstiefel 1 bis 1,50 Mk. Auch auf andere Arbeiten sind Erhöhungen vereinbart, so daß die wöchentliche Lohnerhöhung 3 Mk. betragen wird. Ueber die Geschäfte, die den Tarif nicht anerkennen, wurde die Sperre verhängt.

Die Stukkateure Dresdens fordern Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 resp. 8½ Stunden. Der Stand der Bewegung ist ein für die Gehülfen günstiger, da noch niemand umgefallen ist.

Eine allgemeine Aussperrung im Baugewerbe Stockholms ist, soweit der Einfluß des Arbeitgeberverbandes dazu ausreichte, durchgeführt worden. Auch die Fuhrleute sind davon betroffen worden. Der Vermittelungsvorschlag des Ministers des Innern zur Einsetzung einer besonderen Verhandlungskommission hat im allgemeinen die Zustimmung der Arbeiterorganisationen gefunden, wenngleich ihnen hinsichtlich der vorgeschlagenen Zusammensetzung der Kommission eine Aenderung erforderlich erscheint. Die reaktionäre Presse ist erbost über das Eingreifen der übrigens konservativen Regierung, die ja insofern den Wünschen der Arbeiter Rechnung getragen hat, als sie die Unternehmer veranlassen will, ihre so fest beschlossenen Lohnherabsetzungen vorläufig rückgängig zu machen.

Soziales.

Beschlagnahme des Lohnes. Der Lohn für Arbeiten oder Dienste, welche auf Grund eines Arbeits- oder Dienstverhältnisses geleistet werden, darf, sofern dieses Verhältnis die Erwerbstätigkeit des Vergütungsberechtigten vollständig oder hauptsächlich in Anspruch nimmt, zum Zwecke der Sicherstellung oder Befriedigung eines Gläubigers erst dann mit Beschlag belegt werden, nachdem die Leistung der Arbeiten oder Dienste erfolgt und nachdem der Tag, an dem die Vergütung gesetzlich, vertrags- oder gewohnheitsmäßig zu entrichten war, abgelaufen ist, ohne daß der Vergütungsberechtigte denselben eingefordert hat. Jedoch ist der Lohn pfändbar, insofern der Gesamtbetrag der Vergütung die Summe von 1500 Mk. für das Jahr übersteigt.

Die Summe von 1500 Mk. ist heute durchaus unzulänglich. Im Jahre 1869 war die unpfändbare Jahressumme auf 1200 Mk. normiert. Sie wurde dann im Gesetz vom 30. Januar 1877 auf 1500 Mk. normiert. Diese Höhe ist, trotzdem in den letzten dreißig Jahren die Lebensverhältnisse erheblich sich verteuert haben — man schätzt nicht zu hoch, wenn man die Verteuerung auf ein Drittel schätzt — dieselbe geblieben. Heute wäre es billig, 2500 oder mindestens 2000 Mk. als unpfändbares Jahreseinkommen zu bezeichnen. Eine Gesetzesänderung in diesem Sinne ist dringend notwendig. Die Zivilprozeßordnungsnovelle hat in § 850 Ziffer 7 das Diensteinkommen der Offiziere, Militärärzte und Deckoffiziere, der Beamten, der Geistlichen sowie der Aerzte an öffentlichen Anstalten, ebenso die Pension dieser Personen insofern günstiger gestellt, als nur der dritte Teil des 1500 Mk. übersteigenden Mehrbetrages der Pfändung unterworfen ist. Der Bankbeamtenverein hat beim Reichstag beantragt, die Privatbeamten dieser Kategorie von Personen gleichzustellen. Um Erhöhung der Unpfändbarkeitsgrenze bis zu 2000 Mk. hat der Deutsche Werkmeisterverband petitioniert. Der Deutsche Brennmeisterverband endlich hat in ähnlicher Weise eine Aenderung der gesetzlichen Bestimmungen angeregt. Er macht den Vorschlag, für die Ehefrau einen Betrag von 300 Mk. und für jedes unmündige, nicht im Erwerbsleben stehende Kind einen Betrag von 150—200 Mark über das bis jetzt unpfändbare Einkommen von 1500 Mk. hinaus festzulegen.

Die Annahme zum mindesten des Vorschlages des Brennmeisterbundes, aber unter Ausdehnung auf alle Arbeiter, dürfte der Billigkeit und den Teuerungsverhältnissen entsprechen. Gelegenheit zu seiner Verwirklichung bietet die Gewerbeordnungsnovelle.

Gesetzliche Streikverhütung in Kanada. Das kanadische Gesetz über die Untersuchung gewerblicher Arbeitszwiste (vom 22. März 1907), das den offenen Arbeitskämpfen in gewissen gemeinnützigen Industrien mit Rücksicht auf das Staatswohl vorzubeugen sucht, wird vom Amtsrichter Neitzel, Boston, in den „Preuß. Jahrb." (Aprilheft 1908) ausführlich auf seine bisherige Wirksamkeit untersucht. Das Gesetz gewährt jeder Partei bei Arbeitszwisten in Betrieben mit mehr als 10 Personen, und zwar im Bergbau, Verkehrs-, Nachrichten- und Transportwesen, in der Gas-, Wasser- und Kraftversorgung (public service utilities), das Recht, vom Minister die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Klarstellung des Streitfalles zu fordern. Der Ausschuß wird aus drei Personen, die von Fall zu Fall nach den Vorschlägen der Parteien wechseln, gebildet. Die Partei muß genau die Sache darlegen, die Streitpunkte und Beilegungsversuche schildern und feierlich versichern, daß nach ihrer Ueberzeugung ein Arbeitskampf unvermeidlich sei, falls die Verhandlungen vor dem Ausschuß zu keiner Einigung führen würden. Dem Ausschusse sind die Befugnisse eines höheren Gerichts beigelegt; er kann die Parteien und Zeugen eidlich vernehmen, Geschäftsbücher einsehen und Ermittelungen an Ort und Stelle vornehmen. Die Verhandlungen sind grundsätzlich öffentlich, nur mit Rücksicht auf Fabrikationsangelegenheiten geheim. In den bisherigen 17 Fällen, in denen der Ausschuß zusammentrat, führten meist Richter, ferner Universitätsprofessoren, ein Erzbischof, ein Parlamentsvorsteher usw. den Vorsitz. Beisitzer sind Gewerbeangehörige, Arbeiter und Arbeitgeber. Die Parteien selbst können sich durch höchstens drei Bevollmächtigte vertreten lassen. Rechtsanwälte sind im allgemeinen ausgeschlossen. Das Ausbleiben oder der Ungehorsam der geladenen Personen wird mit Beträgen bis zu 100 Dollars bestraft. Der Staat vergütet den Ausschußmitgliedern den Zeitverlust; die Annahme anderer Vergütungen ist verboten.

Schon das Bestehen des Ausschusses wirkt streikvorbeugend, da sich die Parteien bereits auf die bloße Anrufung des Ausschusses hin verständigen, um nicht zu öffentlichen Verhandlungen gezwungen zu sein. Eine amtliche, von den Parteien zu unterzeichnende Denkschrift beschließt in solchen Fällen den Zwist, indem sie die Vereinbarung schriftlich bestätigt. Wenn der Ausschuß keine Einigung der Parteien zustande bringt, so hat er in einem Gutachten (oder auch daneben noch in einem Minderheitsgutachten) dem Minister Vorschläge zur Beilegung des Streits zu machen, die amtlich allgemein bekannt gegeben werden, um die Parteien dem Druck der öffentlichen Meinung auszusetzen. Die Kampfandrohung oder -eröffnung vor Ablauf des Einigungsverfahrens innerhalb des Ausschusses wird ebenso wie jede Aenderung der Arbeitsbedingungen bestraft. So wird der alte Stand künstlich 4 bis 8 Wochen hindurch — so lange dauert das Verfahren — aufrecht erhalten. Erst danach wird der Kampf freigegeben, falls keine Einigung erfolgt ist. Für die gemeinnützigen Industrien ist ferner vorgeschrieben, daß jede Abänderung der Löhne und Arbeitszeiten 30 Tage vorher angekündigt werden muß; diese Frist verlängert sich bei Anrufung des Ausschusses durch eine Partei dann noch um die Dauer des Einigungsverfahrens. Jedoch ist eine schikanöse Hinausschiebung der Verständigung strafbar. Allerdings ist diese Monatskündigung bei wirtschaftlichen Krisen nicht immer beachtet worden.

Unbefugte Arbeitskämpfe werden auf der Arbeiterseite mit 10 bis 50 Dollar, auf der Arbeitgeberseite mit 100 bis 1000 Dollar für jeden Tag bestraft. Die Einklagung der Strafen aber ist den Parteien überlassen. Dreimal sind seit Bestehen des Gesetzes bis zum 1. Dezember 1907 Streikklagen ausgefochten worden; der erste Prozeß endete mit einem Vergleich, die anderen mit Strafen von 500 Dollar gegen eine Gewerkschaft und von 200 Dollar gegen eine Zechenfirma.

Im allgemeinen hat sich das Gesetz nach Neitzels Meinung vortrefflich bewährt. In vielen Fällen sind Kämpfe vermieden worden, wo es nach den früheren Erfahrungen sicher sonst zum Bruche gekommen wäre. 24 Gesuche um Einsetzung eines Untersuchungsausschusses sind in den ersten acht Monaten bei dem Minister eingegangen. Ueber die Erledigung der letzteingereichten 7 ist noch nichts berichtet. In den übrigen 17 Fällen stellten 6 mal die Arbeitgeber, 11 mal die Arbeiter Untersuchungsanträge. In 14 dieser Fälle handelte es sich um Monopolindustrien, es war also die Beantragung des Verfahrens gesetzlich vorgeschrieben. Wenn es auch in den wenigsten Fällen zu einer völligen Verhütung der Arbeitskämpfe gekommen ist, so sind doch viele vor dem Stadium der Erbitterung bewahrt, mehrfach hinausgeschoben und schließlich durch eine vernünftige Vereinbarung, bei der es nicht eigentlich Sieger und Besiegte gab, beigelegt worden. „Trotz der Beschränkung der persönlichen Freiheit durch die Streikverbote sind absichtliche und von vornherein angelegte Verletzungen des Gesetzes . . . kaum festgestellt worden." Allerdings ist dem Präsidenten Eliot von der Harvard University in Boston, der die Uebertragung des kanadischen Gesetzes auf die Vereinigten Staaten empfahl, von einem dortigen Arbeiterführer entgegengehalten worden, das Verfahren bedeute eine neue Art von Sklaverei für die Arbeiter. Der Ver-

---

westfälischen Eisenmarkt," schreibt die „Deutsche Wirtschaftszeitung", „hat sich die Verstimmung weiterhin verschärft, da die großen gemischten Werke noch außerordentliche Quantitäten erzeugen und zwischen Produktion und Verbrauch noch kein Einklang hergestellt ist. Die Roheisenproduktion hat sich erheblich verringert, so überschritt sie beispielsweise im Siegerlande noch weit die beschlossenen Einschränkungen von 25 Proz. Auch auf anderen Gebieten herrscht vollständig stockende Geschäftslage." Aehnlich heißt es in einem Situationsbericht der „Rhein.-Westf. Ztg.": man komme allmählich einem Tiefpunkt nahe wie 1900/1901; die Beschäftigung sei schwach, der Betrieb sei nicht mehr voll aufrechtzuerhalten, obwohl selbst dabei ein gut Teil auf Lager gearbeitet werde; bei noch fortlaufenden Abschlüssen müßten die Besteller durch „energische Anmahnung, nicht selten Zwangsmittel", zur Annahme willig gemacht werden. Wenn man erwägt, wieviel Eisen heute unsere Bauten verschlingen, so läßt sich denken, daß man nach dieser Seite nicht auch noch eine künstlich erzwungene Stockung wünschte.

Wie stark die amerikanische Krisis auf einzelne deutsche Exportzweige zurückgeschlagen hat, zeigen jetzt die Ausfuhrstatistiken verschiedener amerikanischer Generalkonsulate für das erste Quartal 1908. Im Berliner Bezirk wurden hier für 9 877 082 Mk. Waren exportiert gegen 15 849 706 Mk. im ersten Vierteljahr 1907. Das ist ein Absturz um ein volles Drittel. Im Koburger Bezirk ging in denselben Perioden der Spielwarenexport von 303 430 Dollar (über 1,2 Millionen Mark) auf 173 198 Dollar (knapp 700 000 Mk.) zurück; Kurzwaren, Porzellangemälde und Lederhandschuhe wurden diesmal überhaupt nicht exportiert, während eine Reihe anderer Artikel einen Rückgang bis zu 75 Proz. erlitten hat; dagegen ist hier die Porzellanindustrie glimpflich weggekommen.

Ferner kommen immer stärkere Klagen aus den Textilindustrien, ohne daß jedoch von einer einheitlichen Abwärtsbewegung gesprochen werden kann. Im Elsaß lassen die Kammgarnspinner nur fünf Tage in der Woche arbeiten. In der Tuch- und Buckskinfabrikation sollen zwar bessere Beschaffenheiten günstig stehen, aber die großen Stapelwaren, die Konfektionsstoffe, sollen sehr zu wünschen übrig lassen und besonders am Niederrhein, in der Lausitz, teilweise auch in Berlin die Lage verschlechtern. Aehnlich hat die Berliner Plüschfabrikation nur schwach zu tun. Dagegen hat der Verband der Sächsisch-Thüringischen Webereien, der hauptsächlich die dortige Kleiderstoffabrikation vertritt, einheitliche Betriebseinschränkungen nicht für notwendig erklärt, obwohl er offen zugestand, daß der Geschäftsverkehr ein schleppender sei. Wiederum werden aus Gera Entlassungen und Betriebseinschränkungen gemeldet.

Die Reichsbank soll, nach Abwickelung der Quartalsansprüche, nunmehr so reichliche Rückflüsse zu verzeichnen haben, daß man für die nächsten Tage eine Herabsetzung des Diskontes von 5½ auf 5 Proz. erwartet.

Berlin, 5. April 1908. Max Schippel.

fasser des Gesetzes betont bei der Erläuterung seiner Vorschriften in der „Ottawa Labour Gazette", daß sein Erfolg zum großen Teil von dem guten Willen der Parteien abhänge. Diese alte Weisheit gilt übrigens, so muß man hinzufügen, für jedes Einigungs- und Schiedsgerichtsverfahren. („Soz. Praxis.")

Vereinsgesetzliches.

Ausführung des Reichsvereinsgesetzes. Nach den Bestimmungen der §§ 6, 9 und 12 des Reichsvereinsgesetzes entscheidet die Landeszentralbehörde über die Art der öffentlichen Bekanntmachungen der Versammlungen, ferner über Versammlungen unter freiem Himmel und öffentliche Aufzüge und auch darüber, inwieweit die Verhandlungen nur in deutscher Sprache zu führen sind.

In Anbetracht dieser Bestimmungen hat die sozialdemokratische Fraktion des badischen Landtages einen Antrag ausgearbeitet, in dem die Regierung ersucht wird, dem Landtage unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, in welchem alle die Milderungen des Reichsvereinsgesetzes für die Bevölkerung Badens sichergestellt werden. Insbesondere soll den zahlreichen in Baden lebenden Ausländern der uneingeschränkte Gebrauch ihrer Muttersprache gewährleistet werden.

Der sozialdemokratische Antrag wird der Kammer sofort nach ihrem Wiederzusammentritt vorgelegt werden.

Gerichtliches.

Die Wahlrechtsdemonstrationen in Berlin haben ihre Opfer gefordert. Erst vor kurzem sind recht harte Urteile gegen einige Genossen gefällt worden. Neuerdings sind wieder verurteilt worden 2 Genossen zu je 6 Monaten, 1 zu 4 Monaten, 1 zu 3 Monaten, 1 zu 2 Monaten, 3 zu je 1 Monat, 2 zu je 6 Wochen Gefängnis. Auch einige Geldstrafen wurden ausgesprochen.

Keine Beleidigung der „Gelben" insgesamt. In einer Mitgliederversammlung des Textilarbeiterverbandes in Osnabrück referierte unser Kollege Möhler. Eine Gruppe der gelben Gewerkschaftler setzte sich aus weniger charaktervollen Menschen oder besser aus verkommenen Subjekten zusammen, nämlich aus solchen, die durch ihr Verhalten, wie Saufen, Bummeln usw., Gefahr laufen, gekündigt zu werden, doch wird ihnen, weil sie der gelben Organisation angehören, ein solches Verhalten erlaubt. Der überwachende Beamte hat dann seinen Vorgesetzten gemeldet: Möhler habe die Gelben allesamt als verkommene Subjekte bezeichnet, unter besonderer Hinweisung auf die der Firma F. H. Hammacher. Die Amtsanwaltschaft (Polizei-Insp.) stellte darauf die Anklage gegen M. Als Zeuge wurde dann der Vorstand der Gelben geladen. (Die natürlich von dem Vorfall nur durch die Anklage des Inspektors gehört haben.) Der Vorstand der Gelben trat in diesem Prozeß als Nebenkläger auf.

Der Angeklagte wurde freigesprochen, weil in der Behauptung des M. eine Beleidigung nicht zu erblicken war.

Aus Unternehmerkreisen.

Ein neuer Scharfmacherverband. Die bayerischen Unternehmer in der Holzindustrie haben sich zu einem Arbeitgeberschutzverband zusammengeschlossen. Dieser Verband hat sich dem Rahardtschen Bunde angeschlossen. Zu Vorsitzenden wählte man die Möbelfabrikanten Eyfser in Nürnberg und Otto in Fürth. Der Verband umfaßt ganz Bayern rechts des Rheins und hat bereits in 14 Städten Bezirksverbände errichtet. Als Zweck wird angegeben: Das allgemeine wirtschaftliche Wohl des bayerischen Holzgewerbes zu fördern, „unberechtigte Anforderungen der Arbeiter abzuwehren und in Streikfällen den Mitgliedern weitgehendsten Schutz zu gewähren". Die Beiträge sind ganz niedrig bemessen, um auch die kleinen Handwerker unter den großen Scharfmacherhut zu bringen.

Aus Handel und Industrie.

Die Baumwollindustrie von Nordamerika. Ueber eine Studienreise in die Baumwollindustriegebiete von Nordamerika wird der „Monatsschrift für Textilindustrie" berichtet. Das dortige Industriegebiet teilt sich in zwei Bezirke, in die Nordstaaten (Neuenglandstaaten) und die Südstaaten, wobei Washington als Scheidegrenze angesehen werden kann. In den Neuenglandstaaten sind 16,5 Millionen Spindeln und die dazu gehörige Anzahl Webstühle in Betrieb gegen 9,75 Millionen in ganz Deutschland. Der bedeutendste Industrieplatz ist Fall River, 92 Spinnereien und Webereien werden von 41 Gesellschaften betrieben; die Gesamtzahl der Arbeiter beläuft sich auf 32 000, in jeder Woche werden rund 2 300 000 Dollar an Löhnen ausgezahlt. Je mehr man nach dem Süden kommt, desto kleiner und unbedeutender werden die Fabriken im Vergleich zu denjenigen in Neuengland. Im Süden ist die Armut der Bevölkerung besonders groß, überall schlechte Wohnungen und unzeitgemäße hygienische Zustände. Trotzdem hat die Baumwollindustrie in den Südstaaten in der allerletzten Zeit einen riesigen Aufschwung genommen. Heute sind 9 Millionen Spindeln und die entsprechende Anzahl Webstühle vorhanden, für den Unternehmer ist die Arbeiternot zu einer Kalamität geworden, weil fremder Zuzug nicht zu erwarten ist. Die Einwanderer ziehen lieber nach dem Norden, weil sie außer den höheren Löhnen dort bessere Existenzbedingungen vorfinden.

Vermischtes.

Lasse dein Kind mitarbeiten! In der Frauenbeilage der „Gleichheit" lesen wir folgende zutreffende Zeilen: „Das widerspricht doch unseren Grundsätzen, so denkst du; Kinder sollen doch nicht arbeiten. Aber du befindest dich im Irrtum. Wohl sollen die Kinder arbeiten, nur nicht zu dem Zwecke, um aus ihrer Arbeit klingenden Lohn zu schlagen. Die gewerbsmäßige Beschäftigung von Kindern ist eine Versündigung an der kommenden Generation, denn dabei lernen sie nichts, sondern sie opfern nur ihre Gesundheit und ihren Frohsinn. Aber es gibt andere Arbeit im elterlichen Haus, zu der du deine Kinder heranziehen sollst. Bei deiner Hausarbeit gibt es sehr viele kleine Nebendinge, Handreichungen und Hülfeleistungen, die dein Töchterlein oder dein zehnjähriger Knabe wohl besorgen kann. Du erfüllst eine wichtige erzieherische Pflicht, wenn du deine Kinder zu derartigen Arbeiten heranziehst. Das tust du jetzt auch schon, meinst du? Wohl weiß ich das, proletarische Mutter, und darum muß ich dir noch eins sagen: mache deinen Kindern diese Arbeit nicht zur mühevollen Last, zu einer sauren Pflicht, der jedes deiner Kinder am liebsten aus dem Wege ginge. Daran hast du es bisher nicht fehlen lassen. Du hast deine Kinder an die Arbeit kommandiert und sie hart gescholten, wenn sie nicht sofort gehorchten, oder dir nicht beim ersten Male alles zu Danke machten. Dadurch raubst du aber deinen Kindern die Lust zur Arbeit und damit ist auch ihr erzieherischer Wert verloren. Deine Kinder müssen sich dazu drängen, dir zu helfen; du mußt die Arbeit durch weise Verteilung den Kräften und Neigungen der einzelnen anpassen; du mußt auch die gemeinsame Arbeit durch freundliche Worte, durch belehrenden oder aufmunternden Zuspruch begleiten; du darfst sogar ein Lied mit ihnen anstimmen. Hei, wie da die Arbeit von der Hand geht und wie die Augen blitzen! Dann ist die Arbeit eine Freude, und deine Kinder und du selbst — ihr zieht reichen seelischen Gewinn aus der Arbeit."

Mißstände im Textilgewerbe.

In Burkhardtsdorf im Erzgebirge, in der noch in den Kinderschuhen steckenden Strumpffabrik von Max Pfau, herrschen Zustände, die allen in den Strumpffabriken arbeitenden Kollegen und Kolleginnen hiermit zur öffentlichen Kenntnis gegeben werden. Wo hier in allen Fabriken die Arbeitszeit verkürzt ist, wird bei Pfau nicht nur 10 Stunden, sondern bis 13 und 14 Stunden gearbeitet. Auch Arbeiterinnen (junge Mädchen) haben bis abends 9 und 10 Uhr gearbeitet. Die Gewerbeinspektion wird hiermit ganz besonders auf diesen Betrieb aufmerksam gemacht. Am Sonnabend, den 11. April, bekam ein Arbeiter mitsamt seinem Aufstoßer die Kündigung. Der Aufstoßer, ein jugendlicher Arbeiter, arbeitete nicht länger als 10 Stunden, infolgedessen konnte der Arbeiter auch nicht länger arbeiten und deshalb wurde beiden gekündigt. Arbeiter und Arbeiterinnen, nehmt Euch vorstehendes zur Notiz.

Berichte aus Fachkreisen.

Augsburg. (Zur Lage der Arbeiter in der Weberei am Fichtelbach.) Wie bereits bekannt, hat die Krise in diesem Betriebe äußerst heftig eingesetzt. Fünf Tage in der Woche wird nur gearbeitet und da nur 9 Stunden pro Tag. Das sind pro Woche 1½ Tage und in der zweiwöchigen Lohnperiode drei Tage weniger. Nun hätten wir an und für sich durchaus nichts gegen diese Arbeitszeitverkürzung. Die ausgebeuteten und abgearbeiteten Weber und besonders die vielen Frauen könnten das bißchen Ruhe sehr wohl gebrauchen. Aber was unter Umständen eine Erholung sein könnte, ist in diesem Falle nur neue Entbehrung, neue Not und neues Elend. Würden doch alle diejenigen, die bei jeder Gelegenheit, besonders vor den Wahlen, den Arbeiter umschmeicheln und ihm alles mögliche versprechen, nur den zehnten Teil von dem in die Wirklichkeit umsetzen, so müßten sie angesichts einer solch trostlosen Lage, in welcher die Textilarbeiter sich befinden, schon längst dem Arbeiter mehr gesetzlichen Schutz zukommen lassen. Voriges Jahr mußten die Arbeiter wiederholt in den verschiedensten Betrieben Ueberstunden machen, ohne auch nur die geringste besondere Entschädigung dafür zu erhalten.

Das ist die wilde planlose Produktion des Kapitalismus. Bei der guten Geschäftskonjunktur kann nicht genug Ware hergestellt werden, neue Betriebe werden gebaut, neue Maschinen aufgestellt, aber die Konsumkraft des arbeitenden Volkes zu heben, das gibt es nicht. Der Geschäftsbericht der Weberei am Fichtelbach bedauert, daß sie zur Vermeidung von Differenzen in einzelnen Sorten Zulagen bewilligen mußte und dadurch das Jahresergebnis um 5000 Mark beeinträchtigt wurde. Bei 500 bis 600 Arbeitern ist das noch nicht einmal 10 Mk. pro Jahr und Arbeiter, oder pro Tag 3 Pf. Um allen der Textilindustrie Fernstehenden ein ungefähres Bild über die Löhne, die in einem solchen Industrietempel bezahlt werden, zu geben, lassen wir aus den Aufzeichnungen, die anläßlich einer Statistik von Arbeitern der Weberei Fichtelbach gemacht wurden, eine kurze Zusammenstellung folgen. Bemerkt sei noch, daß es sich hier nur um ganze Zahltage handelt, daß nur Löhne von erwachsenen Arbeitern und Arbeiterinnen aufgenommen wurden und daß in die Periode der Aufnahme eine Zeit fiel, wo pro Tag 11 Stunden gearbeitet wurde. Die verschiedenen Angaben verteilen sich auf ein halbes Jahr.

Es verdienten in dieser Zeit in je einer Lohnperiode: 2 Weber oder Weberinnen weniger als pro Tag 1 Mk., 18 von 1 Mk. bis 1,50 Mk., 34 von 1,50 Mk. bis 2 Mk., 44 von 2 Mk. bis 2,50 Mk., 28 von 2,50 Mk. bis 3 Mk., 23 von 3 Mk. bis 3,50 Mk., und neun 3,50 Mk. und darüber. Dabei versehen die meisten Weber drei und vier Stühle. Aber es darf nicht angenommen werden, daß auf vier Stühlen nur hohe Löhne bezahlt werden. Wenn wir von obigen Angaben die für 4 Stühle ausscheiden, so zeigt sich, daß vier Arbeiter oder Arbeiterinnen weniger als 1,50 Mk. pro Tag Lohn hatten, 7 von 1,50 Mk. bis 2 Mk., 24 von 2 Mk. bis 2,50 Mk., 11 von 2,50 Mk. bis 3 Mk., 9 von 3 Mk. bis 3,50 Mk. und 6 mehr als 3,50 Mk.

Ist in diesen Zahlen nicht schon unerhörtes Elend eingeschlossen? Möge man doch bedenken, wie die Arbeiter, die weniger als 2,50 Mk. pro Tag verdienen, bei den hohen Preisen für Lebensmittel, für Wohnung, Heizung, Licht und alle sonstigen Gebrauchsgegenstände leben mußten. Wie sie sich bis jetzt schon die größten Entbehrungen auferlegen mußten. Doch was kümmert das einen Direktor, der nur bestrebt ist, den Aktionären zu gefallen, auf Kosten der Arbeiter die alten Schulden abzuzahlen, um so bald wie möglich die profithungrigen Aktionäre mit Dividenden füttern zu können und dann auch seinen Gehalt steigen zu sehen. Der Herr Direktor und die Herren Aufsichtsräte spüren freilich nichts von der Not des Arbeiters. Denn sonst würde man nicht den Arbeitern vor den Feiertagen einen Teil ihres Brotes nehmen. Aber wo bleibt die Entschädigung für die Zeit des unfreiwilligen Feierns? Mit Strafen ist man oft recht schnell bei der Hand, aber die Firma, hinter der schwer reiche Kapitalisten stehen, will dem Arbeiter in solchen Lagen nichts geben.

Aber Hand aufs Herz, Ihr Arbeiter! Seid Ihr nicht zum großen Teil selber schuld an Eurem Unglück? Habt Ihr während der guten Geschäftskonjunktur nicht stets beiseite gestanden, wenn der Ruf an Euch erging: Seid einig, organisiert Euch! Sind nicht viele in dem verräterischen Gewerkverein (H.-D.) geblieben, trotzdem er es war, der vereitelte, daß vor zwei Jahren für die Arbeiter etwas herausgeholt werden konnte? Haben wir Euch nicht zugerufen: Ihr selbst müßt es büßen, wenn Ihr nicht hören wollt? Es ist gekommen, wie wir vorausgesagt. Traurige Feiertage sind durchzumachen, und was wird erst die Zukunft bringen? Ob wohl die Arbeiter erwachen, ob sie wohl einsehen, wie unklug sie gehandelt und den Weg finden, den sie zu gehen haben? Hoffen wir es!

W. Teffner.

Bischweiler. Von Vorgängen, die hier an unserem Orte vielseitig besprochen werden, müssen wir etliches in die Oeffentlichkeit bringen. Voriges Jahr kamen hier zwei Fabriken außer Betrieb, was den anderen Fabrikanten eine große Bescherung war. Vor kurzem kam ein fremder Herr, um eine Fabrik, die schon lange außer Betrieb ist, zu mieten, eventuell zu kaufen. Doch was geschah? Dieser Herr war noch nicht recht zu Hause, da erhielt er einen Brief, in dem ihm mitgeteilt wurde, daß in Bischweiler nichts zu machen wäre; erstens wollten die Arbeiter nur viel Geld verdienen und zweitens fehle es in verschiedenen Fabriken an Arbeitskräften. Darauf müssen wir erwidern, daß in den Tuchfabriken schon viele Arbeiter entlassen sind, die noch keine Arbeitsgelegenheit gefunden haben. Auch der Tagelohn — 1,50 bis 2,20 Mk. — ist zu gering bei den hiesigen Lebenspreisen. Wenn sich Fabrikanten hier niederlassen wollen, so wäre uns das sehr angenehm, aber annehmbare Löhne müssen sie zahlen, dann werden ihnen in Straßburg und Umgegend mehr als 30 Proz. Arbeitslose zur Verfügung stehen. Etliche leere Fabriken könnten in Betrieb gesetzt werden. Wir möchten aber dringend bitten, sich nicht jedesmal an unsere Oberhäupter der Stadt zu wenden, die kein Interesse daran zu haben scheinen, daß die Zahl der Fabrikanten eine größere werde.

Blumenau. Kassenbericht der Filiale Blumenau i. Schl. des Deutschen Textilarbeiterverbandes. Kassenbestand vom vierten Quartal 1907 315,60 Mk. Einnahmen im 1. Quartal 1908: 22 Eintrittsgelder a 30 Pf. 6,60 Mk., 300 Wochenbeiträge a 20 Pf. 180 Mk., 1409 Wochenbeiträge a 30 Pf. 422,70 Mk., 124 Wochenbeiträge a 40 Pf. 49,60 Mk., 52 Wochenbeiträge a 50 Pf. 26 Mk., sonstige Einnahmen 0,50 Mk.; Gesamteinnahme 1001 Mk. Ausgaben: Krankenunterstützung für 13 Mitglieder auf 138 Tage 52,95 Mk., Reiseunterstützung 2,40 Mk., Agitation 44,10 Mk., sächliche Ausgaben 37,72 Mk., sonstige Ausgaben 4,09 Mk., an die Hauptkasse gesandt 475,68 Mk., für Verwaltung 68,47 Mk.; Gesamtausgabe 685,41 Mk. Kassenbestand im 1. Quartal 1908: 315,59 Mk. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des 1. Quartals 1908: 134 männliche und 78 weibliche, zusammen 212.

Heinrich Herrmann, Kassierer.

Buchholz-Annaberg. Am 5. April fand im Erbgericht Kleinrückerswalde eine öffentliche Textilarbeiterversammlung statt. Hierzu hatte Kollege Rössel-Berlin das Referat übernommen; er behandelte in ausführlich sachlicher Weise die Arbeitslosenunterstützung, hob aber hervor, daß dieselbe ohne 10 Pf. Beitragserhöhung nicht durchführbar sei, dem man auch einmütig zustimmte. Der Referent verstand es, den Anwesenden den Aufschwung des Verbandes von einer Beitragserhöhung zur anderen vor Augen zu führen und zu zeigen, daß nur durch Ausbau der Unterstützungseinrichtungen und entsprechend hohen Beiträgen die meisten Gewerkschaften erst zu einer Macht gelangt sind. Der Redner erntete für seine Ausführungen lebhaften Beifall.

Den organisierten Kollegen von Annaberg-Buchholz möchten wir auch an dieser Stelle ans Herz legen, ihrem Verbande mehr Interesse entgegenzubringen und die Versammlungen fleißiger zu besuchen.

Ebingen. Montag, den 6. April, fand in Betzels Gartensaal eine öffentliche Textilarbeiterversammlung statt, mit dem Thema: „Unsere bevorstehende Generalversammlung, die Einführung der Arbeitslosenunterstützung sowie des Arbeitsnachweises". Als Referent erschien an Stelle des verhinderten Kollegen Jäckel-Berlin Kollege Schwarz-Reutlingen. Derselbe entledigte sich seiner Aufgabe in musterhafter Weise, wofür er auch den wohlverdienten Beifall der ziemlich gut besuchten Versammlung erntete. In der Diskussion, an der sich mehrere Kollegen beteiligten, wurde allseitig die Notwendigkeit einer Beitragserhöhung anerkannt. Zum Schlusse wurde eine Resolution angenommen, wonach der Delegierte unseres Bezirks ermächtigt ist, einer Beitragserhöhung um 10 Pf. pro Klasse zuzustimmen, ebenso der Einführung der Arbeitslosenunterstützung sowie des Arbeitsnachweises.

Hainichen. In der letzten Mitgliederversammlung hielt Kollege Ad. Reinhold-Chemnitz einen Vortrag über die einzuführende Arbeislosenunterstützung und deren Zweckmäßigkeit. Der Referent wies durch zahlenmäßiges Material nach, wie notwendig diese Unterstützung für uns sei und wie gewaltig andere Verbände gewachsen sind infolge ihrer höheren Beitragsleistungen und der damit verbundenen Arbeitslosenunterstützung. Auf die Einzelheiten des Referats einzugehen erübrigt sich wohl, da über dieses Thema bereits in der Fachzeitung genügende Erörterungen gepflogen wurden. In der Diskussion sprachen sich die meisten Kollegen im Sinne des gehaltenen Referats aus, nur einige wenige vertraten die Meinung, daß durch die Beitragserhöhung Mitglieder abspringen würden. Am Schlusse wurde eine Resolution angenommen, wonach sich die anwesenden Mitglieder verpflichten, für die zu erwartende Beitragserhöhung voll und ganz einzutreten. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Sachen forderte der Bevollmächtigte die Anwesenden noch auf, sich an der diesjährigen Maifeier zahlreich zu beteiligen.

Hof. Schon öfters haben wir an dieser Stelle die Zustände in der Saalespinnerei gerügt. Die Direktion denkt jedoch immer noch nicht daran, Verbesserungen eintreten zu lassen, im Gegenteil versucht sie jetzt, wie nachstehender Brief zeigt, den Betrieb mit unorganisierten Arbeitern zu füllen. Ein Kollege fragte um Arbeit an und erhielt folgende Antwort:

> Auf Ihre telephonische Anfrage teilen wir Ihnen mit, daß wir später noch einiger Spinner und Ansetzer benötigen und würden wir Sie vorerst als Reserve-Spinner einstellen mit einem Verdienst von 36 Mk. in 12 Tagen; Spinner verdienen je nach Leistung 42—48 Mk. Teilen Sie uns mit, wie alt Sie sind, ob Sie verheiratet und wieviel Kinder Sie haben und ob von diesen bereits welche an die Arbeit gehen; sind Sie nach Hof gebürtig, vollständig gesund und wo und wielange haben Sie schon als Spinner gearbeitet? Zeugnisse wollen Sie mit einsenden. Teilen Sie uns auch mit, ob Sie organisiert und Mitglied des Textilarbeiterverbandes sind.
>
> Wir werden Ihnen sodann weitere Mitteilung machen.
>
> Achtungsvoll
>
> Vogtländische Baumwollspinnerei. Otto Schmidt, Direktor.

Selbstverständlich war letzteres der Fall und deshalb verzichtete dieser Kollege auf Arbeit in diesem Betrieb. Wir möchten auch allen Kollegen raten, diesem Betrieb fernzubleiben; wenn die Direktion glaubt, genügend unorganisierte Arbeiter zu bekommen, woran wir gelinde zweifeln wollen, dann kann es uns recht sein. Wir verstehen ja den Schmerz der Direktion zu würdigen, da die organisierten Arbeiter sich nicht mehr zum Ausbeutungsobjekt hergeben, wie es die Firma wünscht. Die Vorschußabgabe und deren Manipulationen lassen sich allerdings organisierte Arbeiter nicht so leicht gefallen, daher die Wut gegen die Organisation. Ein Glück nur, daß die Bäume der Direktion nicht in den Himmel wachsen, wenn die Firma die jetzt beschäftigten Arbeiter hinauswerfen würde, könnten ja die Herrschaften selbst einmal den Versuch machen, die oben angegebenen Löhne eines Spinners zu erreichen. Seither ist das den Spinnern nicht geglückt. Auch dieses Mittel wird an dem Granit der Organisation abprallen. Die Firma muß die Organisation noch anerkennen, wenn die Kollegen nach wie vor die Nachfrage um Arbeit bei der Vogtländischen Baumwollspinnerei und Abteilung Saalespinnerei unterlassen.

Hof. In einer gutbesuchten Versammlung nahm am 12. April die hiesige Filiale nochmals Stellung zu der Arbeitslosenunterstützung und der geplanten Einführung der Beitragserhöhung. Das Referat hatte Geschäftsführer Kollege Raithel übernommen. Nach längerer Debatte wurde mit allen gegen eine Stimme die Notwendigkeit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung anerkannt, die naturnotwendig eine Beitragserhöhung bedingt. Die Beratung der Anträge zur Generalversammlung wurde wegen vorgerückter Zeit für eine spätere Versammlung vertagt und machen wir heute schon die Kollegen und Kolleginnen darauf aufmerksam, dieselbe zu besuchen, damit auch den Wünschen der Kollegen und Kolleginnen Rechnung getragen werden kann. Das Resultat der Abstimmung ist als recht erfreulich für Hof anzusehen. Gerade in unserer oberfränkischen Textilmetropole haben die Textilarbeiter jahrelang der riesigen Entwickelung des Kapitalismus teilnahmslos gegenübergestanden. All der Mehrwert, den sie erzeugten, floß infolge der Interesselosigkeit der Arbeiter in die Taschen der Aktionäre, jetzt sehen die Kollegen und Kolleginnen endlich ein, daß sie Anteil haben an dem Profit, der seither durch ein raffiniertes Prämiensystem den Unternehmern zuteil wurde. Unter „Verschiedenes" wurde die in Hof seit einigen Wochen brennend gewordene Frage der Krankenkassenverhältnisse besprochen. Nicht weniger denn 30 Betriebskrankenkassen sind am Orte, dabei haben die Aerzte einigen Krankenkassen Verträge vorgelegt, die eine wesentliche Erhöhung ihrer Gehälter vorsehen, die die Krankenkassen mit den bisherigen Beiträgen nicht mehr leisten können, es sei denn, daß es auf Kosten der Einschränkung der Leistungen geschieht. Da dieselben jedoch ohnedies nur das Mindeste, was das Krankenversicherungsgesetz vorschreibt, bieten, so wird der Kampf nicht anders beendet werden, als durch den Zusammenschluß zu einer Ortskrankenkasse. Die Unternehmer wollen jedoch davon nichts wissen, ihr Ideal sind die Betriebskrankenkassen, weil sie in diesen Krankenkassen ihre Macht erblicken. Es sind denn auch in den letzten Tagen seitens der Unternehmer Anregungen gegeben worden, um den Anschluß an den Schutzverband süddeutscher Betriebskrankenkassen (Sitz Augsburg) zu vollziehen. Die Versammlung beschloß zu dieser Frage, in nächster Zeit durch Flugblätter und Fabrikversammlungen gegen dieses Projekt Stellung zu nehmen und den Unternehmern klar zu machen, daß die Mißstände auf dem Gebiet der Krankenkassen endlich einmal mit der Wurzel ausgerottet werden müssen, was nur durch Schaffung einer leistungsfähigen Ortskrankenkasse geschehen kann. Ein Antrag beim Gauvorstand, zur Deckung der Agitation in dieser Angelegenheit 300 Mk. zu verlangen, fand einstimmige Annahme. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten erreichte die imposante Versammlung ihr Ende.

Kettwig a. Ruhr. Die Tuch- und Zanellafabrik von Wilh. Scheidt in unserem hochnationalen Orte ist schon durch verschiedene Umstände weit und breit bekannt geworden, freilich nicht rühmlich.

Steht ein Weber in der Kündigung, so fügt es der Zufall, daß ihm eine total zerrissene Kette oder die schlechteste Arbeit gegeben wird. Ist nun die Scheidungsstunde gekommen, dann denkt man doch auch die paar Mark, die man verdient und zusammengerechnet hat, herauszubekommen. Das ist aber weit gefehlt. Das Geld bekommt man ja nicht eher, als bis man sich unterschrieben hat. Endlich zählt man die paar Mark nach, siehe, da fehlen 3, 4 oder 5 Mk. an dem Lohne. Fragen wir nach dem Fehlbetrag, so wird uns geantwortet: „Sie haben eine oder ein paar Stunden in der Fabrik gefehlt, oder Sie haben Schußfehler in der Ware gehabt, dafür wurde Ihnen das Geld abgezogen.“ Diese Unterschrift nun, die wir vor jedem Geldempfang geben müssen, sei es Vorschuß oder Krankengeld oder sonst irgend was, wird dann von der Firma zu allen möglichen Zwecken benutzt. Einige Kollegen wurden, weil sie nicht für den bisherigen Lohn die doppelte Arbeit verrichten wollten, d. h. nicht zwei Stühle annehmen wollten, sofort ohne Einhaltung der vereinbarten Kündigung auf die Straße gesetzt. Die Kollegen verklagten die Firma auf 14tägigen Schadenersatz. Auf dem Gewerbegericht taucht mit einmal der Vertreter der Firma, Herr Mischke, mit der vorgenannten Unterschrift in der Hand auf und sagt: „Die Leute erklärten, keine Forderung mehr in irgendeiner Weise an uns zu stellen, hier ist ihre Unterschrift.“ Dieser Einwand wurde aber in allen drei Fällen hinfällig, dafür erklärte aber der Herr Vorsitzende des Gewerbegerichts: „Sie haben ja die Lohnlisten von zwei Stühlen in allen Sälen der Fabrik aushängen, somit ist das Zweistuhlsystem für Sie kein neues Arbeitsverhältnis.“ Darauf schwieg der Kläger und der Herr Vorsitzende hatte dann nichts übriges zu tun, als zurückzutreten und das Urteil zu sprechen. Der Kläger wurde kostenpflichtig abgewiesen. Es ist bedauerlich, daß der Kläger auf die letzte Aussage des Herrn Vorsitzenden nicht antwortete, denn in dieser Fabrik hängt keine Lohnliste von zwei Stühlen, sondern nur von einem Stuhle aus. Im zweiten und dritten Falle wurde die Firma, da sie nicht vertreten war, zur Zahlung verurteilt, d. h. das Versäumnisurteil wurde ausgesprochen. Ein schönes Stück haben wir vom 1. April zu verzeichnen. Da feierte unser hochverehrter Obermeister Friedberg (so lesen wir in der „Kettwiger Zeitung“) seine silberne Hochzeit. Die Untermeister ließen sichs nicht nehmen, eine Sammelliste aufzustellen und von Stuhl zu Stuhl zu gehen, eine milde Gabe für den hochverehrten Obermeister erbittend. Es wurden über 23 Mk. herausgeschlagen, dafür kauften ihm unsere drei Untermeister eine silberne Figur, einen Myrtenstock und eine Anzeige, ein Zeichen ihrer Treue, in der „Kettwiger Zeitung“. Auch die Firma Scheidt gedachte seines treuen Dieners am Hochzeitstage, indem sie ihm an demselben Tage (am 1. April) einen Mietszuschlag von 20 Mk. im Jahre ansagte. Friedberg ist aber noch gut davon gekommen; die anderen Arbeiter haben 30, 40, 50 und darüber, ja sogar bis 170 Mk. Zuschlag bekommen. Das kann man aber dem armen Willi auch gar nicht verdenken. Das Geschäft geht nur noch 9 und 10 Stunden den Tag, das Fleisch, die Kartoffeln, der Sekt und das Brot ist teuer, da kann Herr Scheidt doch unmöglich noch mit den Zinsen seiner Millionen auskommen. Er ist eben, wie gesagt, durch die schlechte Zeit gezwungen, die Miete seiner Einwohner zu erhöhen. Wir bekamen bis jetzt auf den schnelleren Stühlen 11½ Pf. und auf den langsameren Stühlen 13 Pf. für 1000 Schuß. Von nun an will uns Herr Scheidt auf den schnelleren Stühlen 7¾ Pf. und 4 Pf. und auf den langsameren Stühlen 8 und 5 Pf. geben. Ja, wenn wir doch endlich einsehen könnten, in welch großer Not unser Herr Scheidt steckt, da würden wir ja gerne ganz umsonst arbeiten, damit die Firma doch endlich noch ein paar Millionen sparen kann.

Ja, so sieht es bei uns aus; und das Traurigste ist, daß wir noch solche rückständigen Elemente von Arbeitern in unserem Städtchen haben, die mit kaltem Blute zusehen können, wie ihr Nebenmann rausgeschmissen wird, damit für sie der zweite Stuhl frei wird. Ja, sie gehen sogar zum Obermeister und bitten um den zweiten Stuhl. Es möge doch jeder bedenken, daß er bei Annahme eines zweiten Stuhles einen Arbeiter brotlos macht.

Wagt es irgend einer, von Arbeitsinteressen zu sprechen, so weiß es auch bald der Obermeister und der Direktor. Es darf hier niemand ein Wort wagen, außer den Italienern. Kommt gar einer mit einem Italiener in Wortwechsel, so wird ersterer sofort entlassen und der Italiener wird belächelt. Italiener können Untermeister bester Güte werden. Italiener können von der Firma jede Wohnung verlangen und wenn dort auch ein 10 Jahre lang wohnender Mieter sitzt, er muß ausziehen und dem Italiener Platz machen.

Kirchberg. Dem hiesigen Berichterstatter der „Nationalen Volkszeitung“ hat es vor allem ein Flugblatt des Textilarbeiterverbandes angetan, welches ihm viele schlaflose Nächte bereitete, weil er das schmutzige Schild der „Gelben“ wieder reinwaschen wollte, was ihm aber nicht gelungen ist. Seine zweifelhafte Mission sucht er vor allem dadurch zu erfüllen, daß er der hiesigen Arbeiterschaft begreiflich machen will, wie gut und „wohlwollend“ das hiesige Unternehmertum den Arbeitern gegenüber sei, aber die Arbeiterschaft sei so undankbar und wolle dies alles nicht einsehen. Und mit Recht! Haben die hiesigen Unternehmer nicht nur immer darauf geachtet, ihren eigenen Geldbeutel zu füllen und die Arbeiter mit den denkbar niedrigsten Löhnen abgespeist? Sind nicht Hunderte von Arbeitern, die mit den niedrigen Löhnen nicht auszukommen vermochten, nach anderen Städten, wie Werdau, Crimmitschau usw. ausgewandert, wo ihre Arbeitskraft besser bezahlt wurde? Sind diese Kirchberger Familien etwa zum Vergnügen ausgewandert? Nein, sie mußten Kirchberg verlassen, wenn sie nicht elend zugrunde gehen wollten, sie waren durch die schamlose Ausbeutung gezwungen, sich eine neue Heimat zu gründen. Nicht nur die Arbeiterschaft, auch die Stadt hat unter solchem rückständigen Geist sehr viel zu leiden. Die geringe Bautätigkeit in den letzten Jahren, die leerstehenden Wohnungen, die Einwohnerzahl, sind Beweise genug dafür. Das „Wohlwollen“ und die soziale Rückständigkeit des hiesigen Unternehmertums zeigte sich erst kürzlich wieder bei der Generalversammlung der Fabrikenkrankenkasse; es stand die Einführung der Familienunterstützung auf der Tagesordnung, welchem Antrage die Unternehmer und mit diesen die „Gelben“ geschlossen entgegentraten. Ja, der Vorsitzende der „Gelben“ verstieg sich sogar zu der unverantwortlichen Behauptung, daß dadurch nur Simulanten großgezogen würden. „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.“ Dieses Sprichwort hat auch heute noch seine Berechtigung. So werden die hiesigen Arbeiter von den Führern dieser „gelben“ Gesellschaft behandelt. Weiter wird gesagt: „Gewissenlosigkeit“ und „Hetzerei“ sei es, wenn behauptet werde, das Unternehmertum versuche die Löhne zu kürzen. Fast jede Woche sehen wir aber, daß ganz besonders in der Textilindustrie das Unternehmertum versucht, die Löhne zu reduzieren. Das große „Wohlwollen“ der hiesigen Unternehmer kommt auch dadurch zum Ausdruck, daß sie jahrelang infolge des guten Geschäftsganges den erhöhten Reingewinn einheimsten und nicht daran dachten, auch der Arbeiterschaft, welche durch die fortwährende Steigerung aller Lebensbedürfnisse in ihrer Lebenshaltung gedrückt wurde, etwas mehr Lohn zu zahlen, nein, erst durch die Organisation mußten sich die Arbeiter eine geringe Lohnerhöhung erkämpfen. So sieht das „Wohlwollen“ der hiesigen Unternehmer aus, das die von demselben Unternehmertum ausgehaltenen „Gelben“ so über den grünen Klee loben. In dem Flugblatt des Textilarbeiterverbandes wurde weiter gesagt, daß das Geld, mit dem das Unternehmertum diese Streikbrecherorganisationen aushält und unterstützt, erst aus den Arbeitern herausgeschunden wird. Dieses versetzt den Artikelschreiber in helle Entrüstung, er nennt es „Unüberlegtheit“ und „Frechheit“, solches zu behaupten. Wir können diesem Schutzpatron des Unternehmertums aus Abschlüssen von Aktiengesellschaften beweisen, daß dem so ist, denn die Ausgaben an diese Streikbrechervereine sind unter dem Unkostenkonto mit eingestellt und von dem Netto-Reingewinn in Abzug gebracht. Wir sehen also, daß ein Teil des Reingewinns, den die Arbeiter dem Unternehmer verdienen helfen, dazu verwendet wird, dieselben Arbeiter zu knechten und zu knebeln, und diejenigen, die solchen Judaslohn annehmen, handeln nicht viel anders als jener Judas, der seinen eigenen Herrn ins Verderben stürzte. Der Skribifax faselt dann weiter, daß die Arbeiter nur steuern müssen, um eine Menge arbeitscheuer Menschen zu erhalten. Mit solchen alten abgedroschenen Schrullen lockt man ja keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervor. Wir möchten aber diese „Herren“ ersuchen, erst vor ihrer eigenen Tür zu kehren, denn da liegt so viel Schmutz, daß sich noch mancher daran besudeln wird. Mögen sie erst in ihrer eigenen Runde Umschau halten, daß nicht etwa Leute unter ihnen sind, die wohl fast jede praktische Arbeit verlernt haben und ihre Existenz nur durch Schmarotzerdienste den Unternehmern gegenüber noch aufrecht erhalten können. Oder glauben diese Leute vielleicht, daß die Arbeiterschaft es vergessen hat, wie ein jetziger „gelber“ Führer seine frühere Stellung im Textilarbeiterverbande gemißbraucht hat? Nur schade, daß es damals noch keine „gutbezahlten“ Geschäftsführerposten gab. — Der Nationale Arbeiterverein kämpft für die Freiheit, sagt dieses edle Haupt der „Gelben“. Unwillkürlich muß man beim Lesen dieses Satzes die Lachmuskeln in Bewegung setzen. Aufrichtig gesagt, dieser Führer glaubt an solchen Mumpitz selbst nicht, denn für ein Glas Bier von dem Unternehmer verkaufen diese Helden ihre Freiheit und werfen sich dem Arbeitgeber in die Arme. Lassen wir sie, sie sind einander wert. Diese Leute geben noch vor, die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten. Dabei verdächtigen sie dieselben, wie der Vorsitzende der „Gelben“ in der Krankenkassenversammlung bewiesen hat, in unschöner Weise. Wollten die Arbeiter ihr Wohl und Wehe in die Hände dieser Personen legen, so hieße das, den Bock zum Gärtner nehmen. Deshalb, Kollegen und Kolleginnen, sorgt für weitere Ausbreitung der Organisation, das ist die beste Antwort auf jene „Entgegnung“.

Markt-Redwitz. (Gewerkschaftssekretariat Markt-Redwitz.) Für den östlichen Teil von Oberfranken und die Oberpfalz als Gewerkschaftssekretär gewählt, habe ich bereits meine Tätigkeit begonnen.

Alle Zuschriften wegen Versammlungen und Organisationsangelegenheiten und Auskunfterteilung bitte ich an untenstehende Adresse zu richten.

Zur mündlichen Auskunfterteilung, welche an alle Personen ohne Unterschied des Berufes, der Konfession und des Wohnortes erteilt wird, ist vorerst der Freitag jeder Woche festgesetzt, und zwar: vormittags von 9 bis 1 Uhr, nachmittags von 4 bis 8 Uhr. Die ersten Sprechstunden finden Freitag, den 10. d. M., statt. Alle Anfragen und Zuschriften sind zu richten an

Mich. Weiß, Markt-Redwitz Nr. 377.

Meerane. Der Herr im Hause? — Wie es in manchen Betrieben mit diesen — oft mit scharfer Betonung — gesprochenen Worten, in Wirklichkeit bestellt ist, zeigt wieder einmal nachstehendes Vorkommnis: Der Werkführer einer hiesigen Lohnweberei gibt einem Stuhlarbeiter sofort Feierabend wegen eines von ihm erhaltenen Schlages. Der also Betroffene geht zu seinem Chef und protestiert gegen diese Maßnahme. Nach gehabter Aussprache erklärt dieser dem Arbeiter, er möge nun an seine Stühle gehen und weiterarbeiten. Da kommt aber der Herr Chef beim Werkführer schön an. Er habe eben dem Arbeiter Schicht gegeben und damit basta. Hiergegen anzukämpfen war selbst der Herr im Hause zu ohnmächtig. Der Arbeiter mußte eben fliegen. Wo bleibt da die vielgepriesene Herrlichkeit?

Mylau. Am Sonntag, den 5. April, fand im „Bergschlößchen“ die Monatsversammlung der Einzelmitgliedschaft des Deutschen Textilarbeiterverbandes statt. Zunächst gab der Bevollmächtigte den Kassenbericht vom ersten Quartal 1908. Aus demselben ist eine Einnahme von 2781 Mk. und eine Ausgabe von 2102,11 Mk. ersichtlich. Auf Antrag wird dem Kassierer Decharge erteilt. Hierauf erstattete Kollege Schreiber von der am 21. und 22. März in Reichenbach abgehaltenen Gaukonferenz Bericht. An diesen schloß sich eine längere Diskussion, hauptsächlich über die einzuführende Erwerbslosenunterstützung. (Ein Beweis, welcher Aufklärung diese Frage noch bedarf.) Mit der Haltung der Delegierten auf der Konferenz erklärte man sich einverstanden. Nachdem noch einige Anträge der Verbandsgeneralversammlung beraten waren, wurde Kollege Huber einstimmig als Unterkassierer gewählt. Von der Wahl eines Vertrauensmannes wurde vorläufig Abstand genommen, da man erst die Generalversammlung in Leipzig vorübergehen lassen will.

Eine Resolution, welche sich dahin aussprach, die Beiträge pro Woche und Stufe um 10 Pf. zu erhöhen, ferner unseren Delegierten die Befugnis erteilt, in der Generalversammlung in Leipzig für Arbeitslosenunterstützung und verbesserten Arbeitsnachweis einzutreten, fand einstimmige Annahme. Auf Wunsch gab Kollege Schwarz noch einen Ueberblick über die Lohnbewegung im Honauertale, und man kann sich denken, welch ein Sturm der Entrüstung durch die Versammlung ging, als man hören mußte, mit welchen Mitteln die Scharfmacher des Honauertales gegen unsere agitierenden Verbandskollegen vorgehen. In dem Ringen um ihre Existenz wünschen wir auf diesem Wege dem Textilproletariat des Honauertales einen glänzenden Sieg. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende die anwesenden Kollegen und Kolleginnen, treu zum Verbande zu halten, durch kräftiges Agitieren immer mehr und mehr Mitglieder zu gewinnen, dann werde auch hier in Ebingen endlich die Zeit kommen, wo wir jeder Eventualität getrost entgegensehen.

Netzschkau (Heinzelmännchen). Bei der Firma Moritz Zimmermann steht das Heinzelmännchenunwesen noch in hoher Blüte. Zwar sind es hier keine Heinzelmännchen, wie sie im Buche der Schuljugend stehen, welche vollenden, nein, das Männchen, mit dem wir uns heute beschäftigen wollen, besitzt die üble Angewohnheit, statt zu vollenden, einzureißen. Dabei leidet es noch an der fixen Idee, alle hübschen Frauen und Mädchen müßten ihm gut sein. Jenes Männchen lockert die Schrauben an Schlagrolle, Schlagnase, Schlagarm, Klappeneisen, Ladenlager, Maschinenhebel, Zugstange, Gabelstange u. dergl. mehr. Das Lockern der Schrauben hat ein Verschieben der betreffenden Teile zur Folge, was bei Schlagteilen einen unregelmäßigen Gang des Stuhles verursacht, welches mit Wegschlagen der Kettenfaden endet. Dieses Manöver vollführt er hauptsächlich bei Arbeitern, welche ihm bereits einmal frei und offen ins Gesicht gesehen haben. Die Firma weiß natürlich von dem Treiben nichts. Wird sie nach Kenntnisnahme dieses dem Mann mehr auf die Finger sehen? Wir hoffen es, denn wir hoffen, daß sie diesen Schädling, dessen Namen wir heute noch verschweigen wollen, auf Grund sorgsamer Beobachtungen herausfinden wird.

Neudamm. Am Mittwoch, den 8. April, tagte im „Hotel Kaiserhof“ eine Mitgliederversammlung, zu welcher die Kollegin Anna Simon aus Berlin anwesend war. Tagesordnung: 1. Vortrag über die Notwendigkeit der Arbeitslosenunterstützung und der Beitragserhöhung. 2. Diskussion und Verschiedenes. Die Versammlung, welche leider nur schwach besucht war, hätte bei der wichtigen Tagesordnung mehr Interesse erwecken sollen, zumal sie genügend bekannt gemacht war. Aber die Neudammer Textilarbeiter scheinen, nachdem sie vor 1½ Jahren durch die Organisation eine kleine Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit errungen haben, den alten Schlendrian wieder anzunehmen und sich auf das Wohlwollen der Unternehmer zu verlassen. Kollegin Simon erläuterte in einstündiger Rede die Notwendigkeit der Arbeitslosenunterstützung und der damit verbundenen Beitragserhöhung. Sie wies darauf hin, daß nur wenige Organisationen noch keine Arbeitslosenunterstützung hätten und es an der Zeit sei, eine solche im Textilarbeiterverband einzuführen. Durch Zahlen wies Rednerin nach, daß es bei einigem guten Willen möglich sei, Unterstützung bei einer kleinen Erhöhung der Beiträge einzuführen. Reicher Beifall lohnte die Referentin für ihre Ausführungen. In der Diskussion sprachen sich einige Redner, die erst Gegner waren, im Sinne der Referentin aus. Unter „Verschiedenes“ wurden noch einige Fragen über das hier zu gründende Gewerkschaftskartell erörtert und von der Kollegin Simon erläutert. Zum Schluß forderte dieselbe die Anwesenden auf, dem Verbande treu zu bleiben und ihm nicht wegen der Beitragserhöhung den Rücken zu kehren. Nun möchte ich den Kollegen noch ans Herz legen, die Versammlungen besser zu besuchen und nicht so gleichgültig bei solch wichtigen Fragen zu Hause sitzen zu bleiben. Unsere nächste Mitgliederversammlung findet am Mittwoch, den 22. April, statt, und ist es dann Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen, zu erscheinen.

Penig. Wir haben den Kollegen vor kurzem die Mitteilung unterbreitet, daß in der Stoffdruckerei, in Firma Glaser Nachf., sämtliche Drucker ausgesperrt wurden, weil sie sich standhaft weigerten, einzelne Druckereiarbeiten zu einem um 20 Proz. niedrigeren Lohn zu übernehmen, als noch vor zwei Jahren gezahlt wurde. Für eine Arbeit, Kabul, Wollplüsch zum Aetzen, wurde vor zwei Jahren pro Meter 20 Pf. gezahlt, jetzt mutete die Firma den Druckern zu, diese Arbeit für 16 Pf. zu machen. Einigen sich dagegen Weigernden wurde gekündigt, so daß sich die Drucker solidarisch erklärten, um weiteren Maßregelungen vorzubeugen. Hierauf erfolgte am 30. März die Gesamtaussperrung, nur drei Drucker, bejahrte Leute, brachten es fertig, weiterzuarbeiten, können aber, wie man zu sagen pflegt, „das Kraut nicht fett machen“. Ausgesperrt sind 32 Drucker mit 56 Kindern. Die Firma, die wohl weiß, daß die Sympathie der Einwohnerschaft auf seiten der Ausgesperrten ist, versuchte es nun, aus der Aussperrung einen „grundlos inszenierten Streik“ zu machen, ja, sie brachte es fertig, zunächst den aus vier Druckern bestehenden Fabrikausschuß und hierauf noch 27 Drucker zusammen vor dem hiesigen Gewerbegericht zu belangen: wegen Aufgabe der Arbeit ohne Kündigung und Kontraktbruch. Damit ist ja nun die Firma gründlich hineingefallen, denn die sämtlichen Drucker wurden vom Gewerbegericht als in ihrem guten Recht befindlich erklärt, so daß eine Entschädigungspflicht ihrerseits an die Firma gemäß § 124 der Gewerbeordnung nicht bestehe. Ob die Geschäftsleitung an dieser Lehre genug haben wird oder ob es ihr nach noch mehr gelüstet, wird die Erfahrung zeigen. Daß sie kein gutes Gewissen hat, zeigt die Tatsache, daß sogar das hiesige Amtsblatt herhalten muß, um zum mindesten irreführende Artikel über die Aussperrung und die von den Druckern verdienten „Riesenlöhne“ zu bringen. Auch hier macht man von dem Trick Gebrauch, nicht von einer Aussperrung, sondern vom „grundlos inszenierten Streik“ zu schreiben, was ja nach dem Entscheid des Gewerbegerichts eine dreiste Unwahrheit ist. Arbeitswillige Drucker wird die Firma trotz aller Anstrengungen nicht so leicht erhalten, so daß wir hoffen, in kurzer Zeit von einem vollen Erfolg der ausgesperrten Drucker berichten zu können. Und sollte die Aussperrung noch solange dauern, dessen sind wir sicher, daß von den Ausgesperrten kein einziger abtrünnig werden wird. Der Geist, der sie beherrscht, ist ein sehr guter, er verbürgt eine streng solidarische Haltung, die moralische Grundbedingung des Erfolges.

Penig. Schon wiederholt haben wir uns mit den Arbeits- und Lohnverhältnissen in der hiesigen Stoffdruckerei von Glasers Nachf. beschäftigen müssen, da dieselben sich durch das seitens der Geschäftsleitung beliebte Verhalten gegen die in dem betreffenden Betrieb beschäftigten Drucker immer ungünstiger gestalteten, wodurch eine Auseinandersetzung geradezu heraufbeschworen wurde. Seit vor Weihnachten konnten die Drucker die unerfreuliche Wahrnehmung machen, daß bei der Geschäftsleitung der Fabrik anscheinend die sogenannte Scharfmachertaktik ihren Einzug gehalten hat, nach welcher die Arbeiter sich unbedingt und widerspruchslos allen Anordnungen zu fügen haben, die die Fabrikleitung anzuordnen beliebt. Da jedoch erfreulicherweise noch nicht alle Arbeiter jenem Stumpfsinn verfallen sind, den man von Arbeitgeberseite als Arbeitertugend ansieht, stoßen solche Scharfmachermaßnahmen hier und da auf energischen Widerstand. So auch hier. Denn die sämtlich im Textilarbeiterverband organisierten Stoffdrucker hatten keine Lust, sich ohne weiteres auf Gnade und Ungnade denjenigen zu ergeben, die doch von ihrer Arbeitskraft den größten Nutzen haben. Aber es ist ja stets verfehlt, von diesen Herren die geringste Rücksicht zu erwarten, das richtigste ist eben, gestützt auf eine gute gewerkschaftliche Organisation, dem Arbeitgeber zu zeigen, daß die Arbeiter auch ein Recht haben, bei der Verwertung ihrer Arbeitskraft, die ja meist ihr ganzer Reichtum ist, ein Wörtchen mitzusprechen. So handelten denn die Drucker auch ganz richtig, als sie den Versuch der Geschäftsleitung, trotz der hohen Ansprüche für die Lebenshaltung, an den Druckerlöhnen zu kürzen, in voller Solidarität einmütig zurückwiesen. Unglaublich, aber wahr: Bei den heutigen hohen Preisen für alle Lebensmittel und sonstigen gesteigerten Anforderungen, versuchte man, — von den Löhnen abzuziehen, wo doch eine Zulage dringend angebracht sein würde. Da nun die Drucker keine Lust hatten, ruhig zuzusehen, wie nach und nach ein Kollege nach dem anderen bei seiner Weigerung, für den gekürzten Lohn zu arbeiten, seine Entlassung erhielt, erklärten sie sich solidarisch, was am Montag, den 30. März, zu der von der Firma verfügten Aussperrung der Drucker führte, denen am Sonnabend auch die Tagelöhner folgen mußten. So liegen die Verhältnisse heute. Auf der einen Seite die Firma, deren Inhaber durch seine frühere parlamentarische Tätigkeit — und sei es auch nur als sächsischer nationalliberaler Landtagsabgeordneter — davor bewahrt sein müßte, gestützt auf seinen Reichtum, den reinen Geldprotzenstandpunkt einzunehmen, auf der anderen Seite die organisierte Arbeiterschaft, die in ihrem aufgezwungenen Kampfe wohl weiß, was hier auf dem Spiele steht, und die genötigt sind, mit aller Energie, aber in aller Ruhe ihre Interessen zu verfechten. In der jetzigen teuren Zeit wäre es ein wahres Vergehen gegen sich und die Familie, wenn die Arbeiter nicht Mann für Mann eine jede Verschlechterung ihrer Lebenslage auf das schärfste bekämpfen würden. Besonders da es eine durchsichtige Unwahrheit ist, daß die aussperrende Firma durch Konkurrenzrücksichten zu den Abzügen gezwungen worden sei. Wir glauben, daß in der Zeit der geschäftlichen Hochkonjunktur dem Besitzer Summen als Reingewinn zugeflossen sind, die ganz beträchtliche gewesen sind. Aber bei günstigen Zeiten steckt man diese hohen Ueberschüsse ruhig und vergnügt als „Verdienst“ ein, und bei etwas ungünstigen Zeiten sucht man den Arbeiter zum Ausgleich etwas abzuzwicken. — Hoffen wir, daß es den ausgesperrten Druckern gelingen möge, die Pläne der Firma zuschanden zu machen. Wir werden weiter über den Verlauf der Differenz berichten.

Rheydt. Christlich-national ist Unsinn! mußte man unwillkürlich sagen, als man sich am Samstag, den 11. April, die „Scharen“ christlicher Arbeiter ansah, die zu der von Herzhoff einberufenen öffentlichen christlich-nationalen Textilarbeiterversammlung zum Lokal Vitz im Stadtteil Pongs gekommen waren. Ganze neun christliche Mann waren vertreten, und die waren noch nicht einmal alle Textilarbeiter, ein Zeichen, wie „felsenfest“ das Zutrauen zu der christlichen Organisation ist. Unsere Leute ließen es sich nicht nehmen, die Gelegenheit zu benützen, um auch mal etwas von der M.-Gladbacher Weisheit zu erhaschen, und besuchten auch — aber vollzählig — diese „Versammlung“. Unsere Kollegen wollten sich versichern, ob auch jedem das Wort erteilt würde, was aber vom Leiter verneint wurde, ebenso wurde ein Antrag auf Bureauwahl abgelehnt. Nun packte Herzhoff seine „Habseligkeiten“ aus, das dauerte eine Viertelstunde. Wir verlangten nun, daß der „Vortrag“ zur Diskussion gestellt würde, das gab es aber nicht. Da nahm sich unser Geschäftsführer das Wort, und um einer Diskussion aus dem Wege zu gehen, schloß man direkt die Versammlung. Tapfere Mannen, und diese Leute wollen die Welt erobern! Um den Wirt in etwas zu entschädigen, blieben wir mit unseren Leuten noch einige Stunden beisammen und dachten darüber nach, wie die christliche Arbeiterbewegung im Stadtteile Pongs auf beiden Beinen hinkt. Herzhoff wird aber eingesehen haben, daß dort oben kein Tätigkeitsfeld für ihn ist. Unsere Kollegen aber fordern wir auf, tüchtig zu agitieren, bis auch der letzte Textilarbeiter von Pongs unserem Verbande angehört.

Rheydt. Wegen schlechten Geschäftsganges sollen auch in der Dochtweberei der Firma Sasserath einige Arbeiter entlassen werden. Hier tritt die anarchistische Produktionsweise recht grell zutage, indem dort noch von 6½ Uhr morgens bis 7¼ Uhr abends geschafft wird. Anstatt eine Verkürzung der täglichen langen Arbeitszeit vorzunehmen, werden einfach einige brave Arbeiter in der jetzigen

Zeit ihrem Schicksal überlassen. Mohr, du hast deine Schuldigkeit getan, du kannst nun gehen. Die Arbeiter in diesem Betriebe täten gut, eine Verkürzung der Arbeitszeit zu beantragen, um alle Kollegen im Betrieb zu behalten, das erfordert schon die Solidarität der Arbeiter. Als voriges Jahr der christliche Angestellte in einer dortigen Belegschaftsversammlung den Mund vollnahm wegen der dort herrschenden langen Arbeitszeit, da meinten die dort beschäftigten Arbeiter, ein neues Morgenrot breche an, aber bei dem Mundvollnehmen ist es geblieben. Herzhoff gebärdete sich nur solange radikal, bis er die Leute in seinem Verband hatte. Und es hätte sich, besonders da alles voll organisiert war, zu neun Zehnteln christlich, vorigen Herbst etwas erreichen lassen; aber halt — dafür sind ja keine christlichen Verbände gegründet worden. Zwischen Worten und Taten liegt eben eine ganze Welt.

Rheydt. In der Baumwollweberei der Firma Ax, hier, ist ein Obermeister beschäftigt, dessen Verhalten den Arbeitern nicht ganz einwandsfrei erscheint. Hat ein Arbeiter sich irgendetwas zuschulden kommen lassen, so werden andere Arbeiter aufgesucht. Bei diesen seinen Lieblingen verbringt der Mann oft ganze Stunden und es scheint, daß man sich da nicht nur über technische Fragen unterhält. Es wäre vorteilhafter und der Allgemeinheit viel dienlicher, wenn dieser Herr etwas mehr darauf sehen wollte, daß die jugendlichen Arbeiter etwas mehr die Spielzeit einhielten, als daß man in Abwesenheit der Weber deren Kisten und Kästen durchsucht, ob man nichts Verdächtiges ausschnüffeln kann. Hier wäre es im Interesse der Firma vonnöten, daß der Firmeninhaber sich ein klein wenig mehr um das Treiben seiner Angestellten kümmerte.

Sommerfeld, Bez. Frankfurt a. O. Unsere Filiale hielt am Montag, den 13. April, eine nur mäßig besuchte Mitgliederversammlung ab. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung hätte sie unbedingt besser besucht sein müssen. Kollegin Martha Hoppe aus Berlin referierte über: „Die Notwendigkeit der Arbeitslosenunterstützung und die damit bedingte Beitragserhöhung von 10 Pf. pro Woche und Klasse." Die Rednerin betonte besonders scharf., daß die Generalversammlung in Leipzig gar nicht umhin kann, diese Unterstützungseinrichtung zu schaffen, um so die Mitglieder in Zeiten der Krise vor der äußersten Not zu schützen, damit die Textilarbeiter sich nicht zu jedem Schundlohne dem Unternehmertum preisgeben müssen. Nachdem das Referat zu Ende war, wurde aus der Mitte der Versammlung der Vorschlag gemacht, eine Resolution vorzulegen und den Delegierten zu ersuchen, für die Arbeitslosenunterstützung und eine Beitragserhöhung von 10 Pf. pro Woche und Klasse zu stimmen. Dieser Vorschlag wurde akzeptiert. Es wurde dann noch bekanntgegeben, daß unser Gauleiter Franz Kotzke aus Berlin am Montag, den 27. April, in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung einen Vortrag halten wird. Die Kollegen und Kolleginnen werden ersucht, Mann für Mann in dieser Versammlung zu erscheinen. Alle Mitglieder müssen sich zur Pflicht machen, unablässig für den Verband neue Mitglieder zu werben, damit die Zahl unserer Mitglieder immer mehr anwächst.

Briefkasten.

G., Ostritz. Aeußerungen gegen die Arbeitslosenunterstützung können wir nicht mehr aufnehmen, denn wir sind der Ansicht, daß damit dem Beschluß der vorigen Generalversammlung ins Gesicht geschlagen würde. Diesen Standpunkt vertreten wir, seitdem eine Konferenz des Vorstandes mit den Gauleitern denselben Standpunkt einnahm und unsere eigene Ansicht so bestätigte.

R., Hof. Der gekennzeichnete Vorgang liegt doch schon zu weit zurück, um noch besprochen zu werden.

H., Gütersl. Wir hielten es für ratsamer, den Artikel nicht zu veröffentlichen.

Nach Kiel. Sie müssen sich mit Ihrem Anliegen an die Ortsverwaltung wenden.

Bekanntmachungen.

Zentralvorstand.

Wir müssen dringend ersuchen, bei allen Geldsendungen an unseren Kassierer stets die Bestimmung der Gelder auf dem Postanweisungsabschnitt anzugeben. Jede Sendung muß mit dem Stempel der Ortsgruppe versehen sein. Dasselbe wird hinsichtlich aller anderen Sendungen an den Vorstand wie auch an die Redaktion verlangt. Alles für diese Bestimmte muß auch von der übrigen Sendung getrennt gehalten sein. Ueber 20 Gramm schwere Inlandbriefe müssen mit 20 Pf. frankiert werden.

Gauverwaltungen.

Gau Thüringen. In den Gauvorstand für Thüringen sind wiedergewählt worden die Kollegen Max Krause, Ernst Ott, Hugo Schönfeld und Paul Nickl. Der Vorstand hat sich konstituiert. Vorsitzender ist Max Krause, Gera, R., Alte Schloßgasse 11; Kassierer Ernst Ott, Gera, R., Südstr. 53. Gelder sind an den Kassierer zu senden, alle übrigen Sendungen an den Gauleiter Alban Bretschneider in Gera, R., Alte Schloßgasse 11.

Der Gauvorstand für Thüringen. J. A.: Max Krause.

Ortsverwaltungen.

Hemelingen. Das Mitgliedsbuch, auf Rudolf Bach lautend, Stamm-Nr. 333 543, Orts-Nr. 898, ist verloren gegangen. Auf das Buch ist keine Unterstützung zu zahlen.

Waldshut. Die Adresse des Vorsitzenden ist: Emil Katzer, Gurtweilerstr. 357.

Rheydt. Das Mitgliedsbuch, Stamm-Nr. 340 450, Orts-Nr. 114, lautend auf Konrad Dahmen, ist in Wesel abhanden gekommen. Sollte das Buch auftauchen, wolle man es an Filiale Rheydt an W. Pfaff, Limitenstr. 75, einsenden.

Mainz. Der Vorsitzende, Arnold Elbe, wohnt jetzt in Wiesbaden, Karlstr. 33 III. l.

Spremberg i. L. Dem Arbeiter Gustav Kesse aus Neuwaldau, Buchnummer 200 538, eingetreten am 29. Januar 1904 in Forst i. L., ist in Spremberg sein Mitgliedsbuch auf der Herberge zur Heimat gestohlen worden. Bitte es beim Auftauchen einzuhalten und an mich einzusenden.

R. Gutberlet, Geschäftsführer, Spremberg N.-L., Mühlenstr. 21.

Internationaler Textilarbeiter-Kongreß zu Wien 1908.

Hiermit geben wir das Wahlresultat der Wahlen für die Vertretung am internationalen Kongreß bekannt:

Gau Bayern: Abgegebene Stimmen 1575; Brüggemann 1352, Jena 121, Kutter 102, zusammen 1575. Gewählt: Brüggemann.

Gau Elsaß: Abgegebene Stimmen 1439; Gsell 1168, Metz 271, zusammen 1439. Gewählt: Gsell.

Gau Linksrhein: Abgegebene Stimmen 441; Reimes 440, ungültig eine, zusammen 441. Gewählt: Reimes.

Gau Brandenburg: Abgegebene Stimmen 539; Kotzke 516, Zersplittert 17, ungültig 6, zusammen 539. Gewählt: Kotzke.

Gau Rechtsrhein: Abgegebene Stimmen 1650; Steinbrink 1094, Krohnen 535, ungültig 21, zusammen 1650. Gewählt Steinbrink.

Gau Sachsen-Vogtland: Abgegebene Stimmen 6114; Dressel 2342, Winkler 1589, Krause 1341, Rödel 786, ungültig 56, zusammen 6114. Gewählt: Dressel, Winkler.

Gau Thüringen. (Wahl in Gera für ungültig erklärt. Deshalb steht das Resultat noch nicht fest. Neuwahl im ganzen Gau am 26. April).

Gau Sachsen-Erzgebirge: Abgegebene Stimmen 4112; Reichelt 3750, Glanßmann 341, zersplittert 11, ungültig 10, zusammen 4112. Gewählt: Reichelt.

Gau Sachsen-Lausitz: Abgegebene Stimmen 1047; Linke 906, Nitzschke 132, zersplittert 9, zusammen 1047. Gewählt: Linke.

Gau Schlesien. (Kein Resultat gesandt.)

Gau Nord-West. (Kein Resultat gesandt.)

Gau Süd. (Kein Resultat gesandt.)

Paul Wagner. Wilhelm Rössel.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.

Bremen. Hubert Birkner, 28 Jahre alt — Proletarierkrankheit.

Reichenbach i. Schl. Robert Felgenhauer, 44 Jahre alt — Lungenkatarrh.

Roth. Am 7. April Kunigunde Häusler, 19 Jahre alt — Lungenleiden; am 14. April Michael Weimann, 47 Jahre alt — Lungenentzündung.

Ehre ihrem Andenken!

Streikfalltafel.

(Notizen, die nicht für die nächste Woche neu eingesandt werden, finden keine Aufnahme mehr.)

Im Streik befinden sich bezw. sind ausgesperrt:

Wirker in:

Gelenau (W. Mehner).
Gornsdorf.
Meinersdorf (Drechsel u. Günther).

Handdrucker in:

Penig (A. Glaser).

In Bewegung ohne Streik befinden sich

Teppichweber in:

Nagyberskereki, Ungarn (Toronthaler Teppich- und Möbelstoff-Fabrik).

Strickereiarbeiter in:

Derschlag (Albert Rausch).

Sticker in:

Plauen (Robert Ammon).

Spinnereiarbeiter in:

Warnsdorf i. B. (Brüder Perutz).

Versammlungskalender.

A.-Ottensen. Sonntag, 3. Mai, nachm. 5 Uhr, bei E. Fels, Bergstraße 136.

Berlin. Zentral-Zahlstelle: Jeden Freitag, abends von 7 bis 10 Uhr, bei Manschke, Blumenstraße 38: **Zahltag.**

Berlin. Bezirk Osten. Zahlstelle: Jeden Freitag, abends von 8 bis 10 Uhr, bei Rittwach, Stralauer Allee 20a: **Zahltag.**

Berlin. Zahlstelle: Rüdersdorferstr. 18, bei Bittner.

Berlin. (Sektion der Dekateure.) Jeden Sonnabend, abends von 7 bis 8 Uhr, bei Vollmann, Alte Jakobstraße 68: **Zahltag.**

Berlin. (Sektion Weißensee.) Jeden Sonnabend, abends von 6 bis 8 Uhr, bei Content, Lehderstraße: **Zahltag.**

Berlin. (Sektion der Schiffchen- und Handsticker.) Jeden Sonnabend, abends von 7 bis 9 Uhr, bei Moßler, Landsbergerstraße 115: **Zahltag.**

Berlin. (Sektion der Sticker.) Jeden Freitag, abends von 8 bis 10 Uhr, bei Engel, Seydelstr. 30: **Zahltag.**

Berlin. (Für Charlottenburg.) Jeden Sonnabend, abends von 6 bis 8 Uhr, bei Otto, Marchstr. 23: **Zahltag.**

Berlin. (Für Moabit.) Zahlstelle: Gotzkowskystr. 24, bei Keil.

Berlin. (Sektion Rixdorf.) Jeden Sonnabend, abends von 8 bis 10 Uhr, bei Göppner, Zietenstr. 81: **Zahltag.**

Berlin. Wegen des 1. Mai finden sämtliche für Freitag, den 1. Mai, angesetzten Zahlabende schon am Donnerstag, den 30. April statt.

Bielefeld. Freitag, 8. Mai, abends 8 Uhr, bei Blome, Webereistraße 5.

Brackwede. Sonntag, 3. Mai, vorm. 10 Uhr, bei Karl Schröder.

Bramsche. Sonntag, 3. Mai, nachm. 5 Uhr, bei Heinrich Rehmann.

Cannstatt. Sonnabend (Samstag), 2. Mai, abends 8 Uhr, im „Löwen", Brunnenstr. 11.

Dülken. Sonntag, 3. Mai, abends 6 Uhr, bei Adolf Brinkmann, Bahnhofstraße.

Falkenstein i. V. Sonntag, 3. Mai, abends 8 Uhr, im „Sächs. Hof".

Forchheim. Sonntag, 3. Mai, nachm. 3 Uhr, bei Marx, Wiesenstr. 6.

Freiberg. Sonnabend, 2. Mai, abends 8½ Uhr, in der „Union". **Zahltag.**

Fürth. Sonnabend (Samstag), 2. Mai, abends 8 Uhr, bei Zick, Wassergasse 13.

Füssen. Jeden Sonntag vorm. 10 Uhr im „Lamm". **Zahltag.**

Gebweiler. Einzelmitglieder Montag, 4. Mai.

Hagen. Sonnabend (Samstag), 2. Mai, abends 8 Uhr, bei Timpeltey: **Vortrag.**

Herold. (Einzelmitglieder.) Sonntag, 26. April, nachm. 3 Uhr, in der „Teichmühle" in Thum.

Kiel. Sonnabend, 2. Mai, abends 8 Uhr, im „Braunen Hirsch".

Lambrecht. Sonnabend (Samstag), 2. Mai, abends 8½ Uhr, bei Schlosser.

Luckenwalde. Mittwoch, 29. April, abends 8½ Uhr, bei Karl Gerhardt, Beelitzerstr. 34.

Mühlhausen i. Th. Sonnabend, 2. Mai, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus „Thüringer Hof".

Mylau i. V. Sonnabend, 2. Mai, abends 8½ Uhr, im „Bergschlößchen".

Neustadt O.-Schl. Sonnabend, 2. Mai, abends 8 Uhr, im „Arbeiterkasino". **Zahltag.**

Neustadt a. Orla. Sonnabend, 2. Mai, abends 8½ Uhr, im „Café Krütze".

Niederschöneweide. Jeden Sonnabend von nachm. 5 Uhr an bei Otto Neumann, Grünauerstr. 5. **Zahltag.**

Nordhorn. Jeden Sonnabend von 8 Uhr abends an bei Steinberg: **Zahltag.**

Osnabrück. Sonnabend, 2. Mai, abends 8½ Uhr, bei Möller, Bischofstr. 14/15.

Pößneck. Freitag, 1. Mai, im „Rittergarten".

Remscheid. Montag, 4. Mai, abends 7½ Uhr, bei Heike, Peterstraße.

Roßwein. Sonntag, 3. Mai, nachm. 3 Uhr, im „Adler".

Schopfheim. Sonntag, 3. Mai, nachm. 2 Uhr, in der „Löwenbrauerei".

Schwiebus. Sonntag, 3. Mai, nachm. 4½ Uhr, bei Gondolatsch.

Thum. Montag, 4. Mai, abends 8½ Uhr, in der „Teichmühle".

Taura. Sonntag, 26. April, nachm. 4 Uhr, in Göblers Restaurant: **Besprechung.**

Wittenberge. Sonntag, 3. Mai, nachm. 3½ Uhr, bei Herm. Jahn, Herberge, Steinstr. 3.

Erscheinen aller in allen Versammlungen notwendig!

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse

für Textilarbeiter und Arbeiter anderer Berufe beiderlei Geschlechts (E. H. 12, Sitz Chemnitz).

Bekanntmachung.

Sonntag, den 21. Juni 1908, und die folgenden Tage findet die

ordentliche Generalversammlung in Leipzig

statt, wozu hierdurch ergebenst eingeladen wird.

Tagesordnung: 1. Prüfung der Mandate. 2. Feststellung der Geschäftsordnung. 3. Vortrag des Geschäftsberichts. 4. Vortrag des Kassenberichts und Richtigsprechung der Jahresrechnungen. 5. Berichte des Schiedsgerichts. 6. Beratung und Beschlußfassung eingegangener Anträge, Statutenabänderung usw. betreffend. 7. Bestimmung der Beamtengehälter. 8. Wahl des Vorstandes und des Ausschusses. 9. Allgemeine Kassenangelegenheiten. 10. Festsetzung des Tagungsortes für die nächste Generalversammlung.

Anträge, die zur Beratung kommen sollen, müssen spätestens vier Wochen vor der Generalversammlung bei dem Vorstand schriftlich eingereicht werden.

Betreffs der Wahl der Abgeordneten zur Generalversammlung sind die Bestimmungen des § 26, Ziffer 3, 5, 8 und 9 des Statuts und des Nachtrags zu beachten.

Die hierzu zur Verwendung kommenden Wahlformulare werden den Verwaltungen demnächst zugehen.

Die Wahlabteilungen sind wie folgt zusammengestellt:

Die 1. Wahlabteilung umfaßt die örtlichen Verwaltungsstellen Chemnitz, Altchemnitz, Gablenz, Hilbersdorf, Ebersdorf, Einsiedel, Markendorf, Mühlau, Wittgensdorf, Berbisdorf, Dittersdorf, Frankenberg, Aue, Burkhardtsdorf und Plaue.

Lindenthal, Efferen, Sülz, Rodenkirchen, Bondorf, Kalk und Meschenich.

3. Wahlabteilung: Mockau, Leipzig, Eutritzsch, Schönefeld und Stötteritz.

4. Wahlabteilung: Kleinzschocher, Gautzsch, Connewitz und Halle.

5. Wahlabteilung: Aachen, Barmenthal, Köln a. Rh., Ehrenfeld, Lindenthal, Effern, Sülz, Rodenkirchen, Bondorf, Kalk und Meschenich.

6. Wahlabteilung: Duisburg, Derendorf, Unterbilk, Oberbilk, Capellen, Dülken, M.-Gladbach, Remscheid, Düssern, Neudorf, Unterrath und Wevelinghoven.

7. Wahlabteilung: Barmen.

8. Wahlabteilung: Brandenburg.

9. Wahlabteilung: Berlin und Strausberg.

10. Wahlabteilung: Nowawes.

11. Wahlabteilung: Greiz, Gera, Altenburg, Dresden, Görlitz, Liegnitz, Eisenberg, Zwickau, Hamburg, Meerane, Mülsen, St. Jakob, Thale a. H., Leuben, Breslau, Plauen i. V. und Hannover.

12. Wahlabteilung: Frankfurt a. M., Niederrad, Offenbach a. M., Neu-Isenburg, Klein-Karben, Schwanheim, Sindlingen und Höchst.

13. Wahlabteilung: Erlangen, Forchheim und Lambrecht.

14. Wahlabteilung: Augsburg, Lechhausen, Pasing und München.

15. Wahlabteilung: Mettmann, Elberfeld, Hahnerberg, Sonnborn, Haan und Wald.

16. Wahlabteilung: Göppingen, Freiburg i. Br., Lörrach, Reutlingen, Stuttgart, Lahr, Feuerbach und Eßlingen.

17. Wahlabteilung: Nürnberg, Fürth und Zirndorf.

Ort und Beginn der Generalversammlung wird den Herren Abgeordneten bei Zusendung der Mandate bekanntgegeben.

Chemnitz, den 13. April 1908.

Der Hauptvorstand.

Ernst Wagner, Vorsitzender. Hermann Chemnitz, Kassierer.

ANZEIGEN

(Kostenbetrag ist im voraus zu entrichten, widrigenfalls die Aufnahme abgelehnt wird.)

Berlin. Verband deutscher Textilarbeiter.

Sonnabend, den 25. April 1908, abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 8:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 1. Quartal, Weihnachtsvergnügen und Maskenball. 2. Bericht von der Gaukonferenz. 3. Die Bedeutung des 1. Mai. 4. Verschiedenes.

Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

Deutscher Textilarbeiter- und Arbeiterinnen-Verband.

Filiale Spremberg (Lausitz).

Dienstag, den 28. April, abends 8 Uhr, im „Konzerthaus Kobelt":

General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Abrechnung vom 1. Quartal 1908. 3. Die Anträge zur Generalversammlung in Leipzig. 4. Kartellbericht. 5. Verschiedenes.

Zahlreichem Besuch sieht entgegen **Der Vorstand.**

Mitgliedsbuch legitimiert.

Achtung! Sommerfeld Bez. Frkf. a. O. Achtung!

Montag, den 27. April, abends 8½ Uhr, im „Kurfürsten":

Außerordentliche Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Kotzke. 2. Stellungnahme zu den Anträgen zur Generalversammlung in Leipzig. 3. Verschiedenes.

Dienstag, den 28. April in Gassen auf „Welz Berg" für die Gassener Arbeiter und Arbeiterinnen.

Alle Textilarbeiter und Arbeiterinnen von Sommerfeld, Gassen und Umgegend werden ersucht, recht pünktlich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Achtung! Kreis Kempen. Achtung!

Maifeier 1908.

Sonntag, den 3. Mai, nachmittags 4 Uhr in Dülken bei H. Brinkmann:

Großes Maifest,

bestehend in

Volksbelustigungen aller Art. Gesangsvorträge und Festrede.

NB. Am 1. Mai findet in St. Tönis öffentliche Versammlung statt, dem Tage entsprechend. **Die vereinigten Komitees.**

Beschwerden über Redaktion und Expedition sind an G. Wasewitz, Berlin N., Lychenerstr. 31 III, zu richten.

Redaktionsschluß für die nächste Nummer Sonnabend, den 2. Mai.

Verlag: Karl Hübsch. — Verantwortlich für die Redaktion: Paul Wagener. — Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — Sämtlich in Berlin.